

Konsolidierungsscheck 2012

Die Schuldenbremse in den Bundesländern

Studie für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
Georgenstraße 22
10117 Berlin

Ansprechpartner:

Ralph Brügelmann
Ulrich Lindner
Dr. Thilo Schaefer

Kontakt Daten Ansprechpartner

Ralph Brügelmann
Telefon: 030 27877-102
Fax: 030 27877-150
E-Mail: bruegelmann@iwkoeln.de

Ulrich Lindner
E-Mail: ulrich.lindner@iwkoeln.de

Dr. Thilo Schaefer
Telefon: 0221 4981-791
Fax: 0221 4981-99791
E-Mail: thilo.schaefer@iwkoeln.de

Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Postfach 10 19 42
50459 Köln

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	4
2	Berechnungsverfahren.....	6
3	Steuermehreinnahmen und Konsolidierung	10
4	Konsolidierungsnotwendigkeit und -erfolg	12
5	Länderteil	15
5.1	Baden-Württemberg	17
5.2	Bayern	19
5.3	Berlin	21
5.4	Brandenburg	23
5.5	Bremen	25
5.6	Hamburg	27
5.7	Hessen.....	29
5.8	Mecklenburg-Vorpommern	31
5.9	Niedersachsen	33
5.10	Nordrhein-Westfalen	35
5.11	Rheinland-Pfalz.....	37
5.12	Saarland	39
5.13	Sachsen.....	41
5.14	Sachsen-Anhalt.....	43
5.15	Schleswig-Holstein.....	45
5.16	Thüringen	47
6	Anhang: Übersichtsgrafiken.....	49
	Tabellenverzeichnis.....	50
	Abbildungsverzeichnis	50

1 Einleitung

Die Schuldenbremse gilt in den deutschen Bundesländern ab 2020: Ab dann darf kein Land mehr neue Schulden aufnehmen. Ausnahmen sind nur aufgrund konjunktureller Schwankungen oder außergewöhnlicher Notsituationen gestattet. Dies kann aber immer nur eine vorübergehende Situation sein. Wird aufgrund einer Ausnahme vom Neuverschuldungsverbot abgewichen, müssen die zusätzlichen Schulden in den Folgejahren zurückgezahlt werden. Zweck der Schuldenbremse in den Ländern ist, dass die bereits angehäuften Schulden nicht weiter steigen und im besten Fall in Zukunft sogar abgebaut werden können. Seit 2010 hat die Schuldenbremse im Grundgesetz Verfassungsrang, so dass den Ländern zehn Jahre Anpassungszeit eingeräumt wird, um ihre Defizite abzubauen. Aus der Vierteljahresstatistik des Statistischen Bundesamtes über die Ausgaben und Einnahmen der staatlichen Haushalte (SFK3-Statistik) lässt sich ablesen, inwieweit die Länder im Haushaltsjahr 2011 bereits erste Konsolidierungsschritte vollzogen haben. Ihre Haushalts- und Finanzpläne geben darüber Aufschluss, welche Anstrengungen sie in diesem und den nächsten Jahren unternehmen wollen, um vorhandene Defizite weiter abzubauen.

Der vorliegende Konsolidierungscheck des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln) bewertet die Konsolidierungserfolge der Länder wie folgt: Zunächst werden die Länder nach ihrem strukturellen Defizit zum Ende des Jahres 2011 geordnet, denn während einige Länder bereits jetzt Überschüsse erzielen, werden andere noch mehrere Jahre lang gewaltige Defizite auftürmen. Der besseren Vergleichbarkeit halber werden die strukturellen Finanzierungssalden pro Kopf betrachtet. Auf diese Weise lässt sich das unterschiedliche Ausmaß der Konsolidierungsaufgaben ablesen, das die einzelnen Länder vor sich haben. Wie in den Bestimmungen zur Schuldenbremse festgelegt, werden hier strukturelle, das heißt um konjunkturelle Einflüsse bereinigte Defizite untersucht. Anhand dieser Kennziffer wird die Konsolidierungsdynamik in zwei Dimensionen analysiert. Zum einen kann aus dem Vergleich mit dem strukturellen Defizit des Ausgangsjahres 2010 abgelesen werden, inwieweit ein Land bereits erste Konsolidierungsanstrengungen unternommen hat. Zum anderen lässt sich anhand der aktuellen Haushaltspläne, Planentwürfen und mittelfristigen Finanzplanungen ersehen, ob die Länder kontinuierlich ihre Defizite abbauen werden. In jedem Falle sind dazu Berlin, Bremen, das Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein verpflichtet. Sie erhalten vom Bund Konsolidierungshilfen. In dem dazugehörigen Gesetz werden sie gleichzeitig dazu verpflichtet, in jedem Jahr ein Zehntel ihres strukturellen Defizits aus dem Jahr 2010 abzubauen. Daran wird sich hier auch bei der Bewertung der Konsolidierungsbemühungen der anderen Länder orientiert: Nur wer mindestens diesen kontinuierlichen Abbaupfad verfolgt, ist bei der Konsolidierung im Soll.

Das zentrale Organ zur Überwachung der Länderhaushalte im Allgemeinen und der Konsolidierungspflichten der fünf Länder, die Konsolidierungshilfen erhalten, ist der Stabilitätsrat. Er setzt sich aus den Finanzministern des Bundes und der Länder zusammen. Er publiziert jedes Jahr eine Reihe von Haushaltskennziffern, anhand derer er prüft, ob Anzeichen für eine drohende Haushaltsnotlagen vorliegen. Des Weiteren kontrolliert er, ob die Länder, die Konsolidierungshilfen erhalten, ihre vorgegebenen Abbaupfade für das strukturelle Defizit einhalten. Bei Nichteinhaltung verliert das betreffende Land den Anspruch auf Konsolidierungshilfen. Die entscheidende Kennziffer zur Beurteilung, ob diese Länder ihre Konsolidierungsverpflichtungen erfüllen, ist das strukturelle Defizit. Seine Ermittlung wird in den

Konsolidierungsberichten dargestellt. Zur Methodik der Berechnung des strukturellen Defizits haben sich der Bund und die betroffenen Länder auf ein Verfahren geeinigt und dieses in Verwaltungsvereinbarungen kodifiziert. Ob dieses Verfahren im Endeffekt auch dazu eingesetzt wird, die Einhaltung der Schuldenbremse ab 2020 in allen Ländern zu beurteilen, ist jedoch noch völlig offen. Die Bundesländer können im Rahmen ihrer Haushaltsautonomie selbst bestimmen, welches Verfahren sie anwenden wollen. Bislang hat sich noch kein Land ohne Konsolidierungshilfen auf ein Berechnungsverfahren festgelegt. Zwingend gesetzlich notwendig wird dies aus heutiger Sicht auch in 2020 noch nicht sein. Im Zweifel werden Landesverfassungsgerichte dann entscheiden, ob und bis wann ein Berechnungsverfahren vorliegen muss.

Um die Konsolidierungsfortschritte aller Länder vergleichend bewerten zu können, orientiert sich die vorliegende Untersuchung dennoch an dem Verfahren, das in den Verwaltungsvereinbarungen festgelegt worden ist und wendet es als einheitliche Berechnungsmethodik auf alle Länder an. Die Ergebnisse der Konsolidierungsberichte lassen sich allerdings nicht in jeder Hinsicht genau nachvollziehen, da einige vorgenommene Abgrenzungen und Ausgangsdaten nicht transparent dokumentiert werden. Hierin liegt auch der entscheidende Kritikpunkt an diesem Verfahren: Seine Intransparenz schließt eine Nachvollziehbarkeit für die nicht unmittelbar in den Berechnungsprozess involvierten Landesparlamentarier und erst recht für die Wahlbevölkerung aus. Dabei ist neben den Feinheiten des auf die Bundesländer herunter zu brechenden Konjunkturbereinigungsverfahrens der Europäischen Kommission das Hauptproblem die Abgrenzung von defizitrelevanten und -irrelevanten Tatbeständen in den Haushalten. Dadurch bestehen Anreize, defizitverschlechternde Haushaltsposten in Extrahaushalte des Landes auszulagern, wo sie möglicherweise nicht in die Berechnung des strukturellen Defizits einfließen. Hier gilt es bis spätestens 2020 die notwendige Klarheit zu schaffen. Zwingend ist ein einheitliches Verfahren in allen Ländern, da ansonsten die Vergleichbarkeit der Ergebnisse nicht gewährleistet ist.

Der Stabilitätsrat könnte im Hinblick auf die Überwachung der europäischen Defizitregeln im Fiskal- bzw. im Stabilitäts- und Wachstumspakt zusätzliche Kompetenzen erhalten. Dabei bestünde die Chance, die Meldepflichten der Länder zu erweitern und vor allem zu vereinheitlichen und transparenter zu dokumentieren. Denn während einige Länder in ihren Stabilitätsberichten ausführlich und detailliert ihre Daten aufschlüsseln, melden andere nur das minimal Notwendige im Hinblick auf die Kennziffern. Der Zahlenteil in dieser Untersuchung soll diese Lücke vorerst schließen. Wünschenswert ist es nichtsdestotrotz, dass der Stabilitätsrat dies in Zukunft selbst leisten kann.

2 Berechnungsverfahren

Zur Durchführung des Konsolidierungschecks bieten sich zwei Berechnungsverfahren an. Dies sind zum einen das Verfahren des Stabilitätsrats und zum anderen das in den Verwaltungsvereinbarungen zwischen dem Bund und den Ländern, die Konsolidierungshilfen erhalten, festgelegte Berechnungsschema. Das IW Köln hat sich aus zwei Gründen für ein Vorgehen gemäß den Verwaltungsvereinbarungen entschieden (vgl. hierzu auch: Brügelmann, Ralph / Schaefer, Thilo, 2012, Die Schuldenbremse in den Bundesländern, IW-Analyse Nr. 78, Köln). Zunächst ist es das einzige Verfahren, dass für die Bundesländer tatsächlich konjunkturbereinigte strukturelle Defizite ausweist. Zum anderen wird damit ein bereits etabliertes Verfahren übernommen, das von fünf Ländern zwingend angewendet werden muss. Die Einführung einer neuen Berechnungsmethodik würde immer zu abweichenden Ergebnissen führen, die bei einer Bewertung der Konsolidierungserfolge und -notwendigkeiten zu Verwirrung führen können. Vor der Darstellung der Ergebnisse werden beide Verfahren, also das des Stabilitätsrats und das gemäß den Verwaltungsvereinbarungen kurz erläutert, die Unterschiede herausgestellt und erklärt, warum in einigen Fällen ergänzend Untersuchungen in den Abgrenzungen des Stabilitätsrats hinzugefügt werden.

Der Stabilitätsrat prüft für alle Bundesländer anhand eines Kennziffersystems, ob in einem Land eine Haushaltsnotlage droht. Dazu werden Finanzierungssaldo, Kreditfinanzierungsquote, Zins-Steuer-Quote und Schuldenstand in Relation zum Durchschnittsniveau aller Länder geprüft. Dabei erfolgt eine separate Untersuchung der letzten drei Jahre einschließlich des laufenden Haushaltsjahres und der drei bzw. je nach Datenlage vier Folgejahre. Aufgrund der maßgeblichen Abweichung mehrerer Kennzahlen hat der Stabilitätsrat bereits im Mai 2011 drohende Haushaltsnotlagen in den Ländern Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein festgestellt. Seitdem müssen die genannten Länder halbjährlich Sanierungsberichte vorlegen, die der Stabilitätsrat zur Kenntnis nimmt.

Die Kennziffer „struktureller Finanzierungssaldo“, die von den Ländern in den Stabilitätsberichten ausgewiesen wird, beinhaltet aber nicht einen konjunkturbereinigten Finanzierungssaldo, wie der Name vorgibt, sondern einen Finanzierungssaldo in Stabilitätsrat-Abgrenzung. Dabei wird der Finanzierungssaldo nicht um konjunkturelle Einflüsse, sondern um andere Haushaltspositionen bereinigt. Es werden neben finanziellen Transaktionen auch Zahlungen an Pensionsfonds und Einstellungen in Versorgungsrücklagen berücksichtigt. Schließlich haben sich die Länder bislang kein einheitliches Verfahren zur Berechnung des strukturellen Defizits gegeben. Lediglich die Konsolidierungsberichte der fünf Länder, die Konsolidierungshilfen erhalten, weisen konjunkturbereinigte strukturelle Defizite auf Basis des Berechnungsverfahrens der Verwaltungsvereinbarungen aus.

Die Berechnung des strukturellen Defizits auf Länderebene ist keineswegs trivial. Die Länder, die Konsolidierungshilfen erhalten, praktizieren zwar ein einheitliches Verfahren zur Konjunkturbereinigung, doch die Details der Berechnung sind nur bedingt nachvollziehbar und transparent. Grundsätzlich folgt das Verfahren der folgenden Systematik: Die Produktionslücke für Deutschland, die von der EU-Kommission berechnet wird und vom Bund nach Maßgabe des Grundgesetzes für die Berechnung seines strukturellen Defizits angewendet wird, bildet dafür die Grundlage. Damit ist vorgegeben, ob eine Über- oder eine Unterauslastung des Produktionspotenzials vorliegt. Die Auswirkung auf die Bundesländer ergibt sich durch die in der Vergangenheit empirisch ermittelte Budgetsensitivität der Länderhaushalte auf

konjunkturelle Schwankungen. Sie ist für alle Länder einheitlich. Die Auswirkung auf ein einzelnes Land wird durch seinen Anteil an den gesamten Steuereinnahmen aller Länder bestimmt. Durch Multiplikation der Produktionslücke mit der Budgetsensitivität der Länder und seinem Steuereinnahmeanteil ergibt sich für jedes Land eine Konjunkturkomponente. Bei den Stadtstaaten werden zusätzlich die Budgetsensitivität der Gemeinden sowie der entsprechende Gemeindesteuereinnahmeanteil berücksichtigt. Damit folgt das Verfahren grundsätzlich den Empfehlungen der einschlägigen Literatur.¹ Bei aller Kritik am Verfahren der Kommission zur Berechnung der Produktionslücken in den Mitgliedstaaten stellt es die Referenz auf nationaler Ebene und damit auch die konsistente Basis für die Länder dar.

Probleme entstehen jedoch bei der konkreten Umsetzung dieser Systematik durch zahlreiche Abgrenzungsfragen:

- Was gehört zu den Steuereinnahmen, die zur Berechnung des Länderverteilungsschlüssels zugrunde gelegt werden? Inwieweit sind Länderfinanzausgleich (gegebenenfalls periodengerecht abgegrenzt?) und Bundesergänzungszuweisungen zu berücksichtigen?
- Welcher Planungsstand wird berücksichtigt? Dabei ist die Konsistenz von Steuerschätzzeitpunkt und Vorausschätzung der Produktionslücke zu beachten.
- Wie steht es um die zeitliche Konsistenz der bundesweiten Steuerschätzung und der Landessteuereinnahmen, die für den Verteilungsschlüssel verwendet werden?
- Welche Einnahmen und Ausgaben sind relevant für den tatsächlichen Finanzierungssaldo? Inwieweit werden finanzielle Transaktionen, Fonds zur Rücklagenbildung und Extrahaushalte berücksichtigt?

Die Lektüre der Konsolidierungsberichte, die Berlin, Bremen, das Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein als Folge der Konsolidierungsvereinbarungen vorlegen, gibt zwar Antworten auf diese Fragen, denn dort werden die strukturellen Defizite dieser Länder ausgewiesen. Die für die Berechnungen relevanten Daten sind aber nicht vollständig öffentlich zugänglich. Sie lassen sich aber approximativ nachvollziehen. Einige Abweichungen und Inkonsistenzen verbleiben jedoch. Beispielsweise ist die Nutzung von Einrichtungen mit eigener Kreditermächtigung weitgehend intransparent. Aus der Haushaltsplanung wird nicht deutlich, welches Land solche Einrichtungen hat und in welchem Umfang diese eine mögliche eigene Kreditermächtigung in Anspruch nehmen. Sicher bekannt ist dies nur für die Länder Bremen und das Saarland aus deren Konsolidierungsberichten. Weitere Extrahaushalte werden nicht berücksichtigt und sind damit hier nicht defizitrelevant. Das wird mangels Informationen auch für die Länder, für die keine Konsolidierungsberichte vorliegen, angenommen. Zudem ist die regionalisierte Steuerschätzung, in der die Steuereinnahmen auf die einzelnen Bundesländer verteilt werden und die der Haushaltsplanung der Länder zugrunde liegt, nicht öffentlich zugänglich. Die Tauglichkeit des Berechnungsansatzes der Verwaltungsvereinbarungen als einheitliches Verfahren, das im Sinne möglichst großer Transparenz und Konsistenz für alle Landesparlamentarier und besser noch Wähler eine nachvollziehbare Bewertungsgrundlage herstellt, ist vor diesem Hintergrund fraglich. Die Problematik unbekannter Ausgangsdaten würde aber auch bei einem Wechsel des Verfahrens bestehen bleiben. Daher fordert das IW Köln eine vollständige Veröffentlichung aller Berechnungsgrundlagen.

¹ Das RWI Essen, das IWH Halle, sowie das IW Köln haben in mehreren Veröffentlichungen ähnliche Verfahren vorgeschlagen.

Hinzu kommt, dass die in den Verwaltungsvereinbarungen einerseits und den Stabilitätsberichten andererseits ermittelten Werte nicht konsistent gegenübergestellt werden können. In den Stabilitätsberichten wird für alle Länder zwar ein struktureller Finanzierungssaldo angegeben, der diese Bezeichnung aber nicht verdient, weil er nicht konjunkturbereinigt ist. Außerdem liegt dieser Rechnung als Ausgangswert ein spezifischer Finanzierungssaldo in Stabilitätsrat-Abgrenzung zugrunde, der nicht mit Werten aus der Vierteljahresstatistik über die Länderhaushalte des Statistischen Bundesamtes (SFK3-Statistik) übereinstimmt. Zusätzlich werden nicht nur finanzielle Transaktionen, sondern auch Versorgungsrücklagen und Pensionsfonds berücksichtigt, die in den Verwaltungsvereinbarungen außen vor bleiben. Demnach sind die vom Stabilitätsrat ausgewiesenen Werte für das Konjunkturbereinigungsverfahren der Verwaltungsvereinbarungen gar nicht nutzbar.

In den Konsolidierungsberichten wird die konjunkturelle Bereinigung in zwei Schritten vorgenommen. Zunächst wird eine ex-ante Konjunkturkomponente berechnet und nach Ende eines Haushaltsjahres zusätzlich eine ex-post Konjunkturkomponente. Prinzipiell kann dies einen guten Bewertungsmaßstab der aktuellen Haushaltspolitik liefern. Die ex-ante Konjunkturkomponente wird zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung aufgrund der dann aktuellen Planungsdaten berechnet. Die ex-post Konjunkturkomponente berücksichtigt später die vorliegenden Haushaltsabschlüsse. Der Vergleich der zugrunde gelegten Plan- und Ist-Daten gibt zum Beispiel Aufschluss darüber, ob Steuermehreinnahmen vollständig zur Konsolidierung eingesetzt worden sind oder nicht, das heißt für Mehrausgaben verwendet wurden. Diese Daten liegen zwar nicht für alle Bundesländer vor, lassen sich aber mit recht geringen Fehlerquoten berechnen.

Orientiert am Verfahren, das die Verwaltungsvereinbarungen beschreiben, wird der strukturelle Finanzierungssaldo für die folgende Analyse in drei Schritten berechnet:²

- (i) Zuerst wird die ex-ante Konjunkturkomponente ermittelt, welche sich aus zu erwartender wirtschaftlicher Lage und den zu erwartenden Steuereinnahmen ergibt. Dazu wird die vom Finanzministerium ermittelte nominale Produktionslücke $PL^{absolut,nominal}$ (-15,453 Milliarden Euro für das Jahr 2011) mit der Budgetsensitivität BS^L (0,126303 im Jahr 2011) und dem Länderanteil eines Bundeslandes an allen Ländersteuereinnahmen des Vorjahres multipliziert.

$$KK_{ex-ante}^L = PL^{absolut,nominal} * BS^L * \frac{Steuern_{Vorjahr}^L}{Steuern_{Vorjahr}^{alle\ Länder}}$$

Die Länderanteile an den Steuereinnahmen ergeben sich aus den Steuereinnahmen der Länder zuzüglich den allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen für das Jahr 2009.

- (ii) Da die tatsächliche konjunkturelle Entwicklung in der Regel Abweichungen von den Steuerschätzungen ergibt, wird die Konjunkturkomponente am Ende des Jahres als ex-post, also tatsächliche, Konjunkturkomponente $KK_{ex-post}$ berechnet. Dazu werden zur ex-ante Konjunkturkomponente die tatsächlichen Steuereinnahmen addiert, die geschätzten Steuereinnahmen sowie die Steuerrechtsänderungen

² Dieses Berechnungsverfahren kam bereits im Konsolidierungsscheck 2011 zur Anwendung.

abgezogen. Die Steuerrechtsänderung sind Mehr- oder Mindereinnahmen, die sich aus Gesetzesänderungen ergeben und somit nicht vorhersehbar waren. Dazu wird die Differenz aller Steuerrechtsänderungen auf Länderebene mit den Steueranteilen eines Landes multipliziert.

$$\text{Rechtsänderungen}^L = \text{Rechtsänderungen}^{\text{alle Länder}} * \frac{\text{Steuern}_{\text{Ist,Vorjahr}}^L}{\text{Steuern}_{\text{Ist,Vorjahr}}^{\text{alle Länder}}}$$

Damit ergibt sich die ex-post Konjunkturkomponente aus

$$KK_{\text{ex-post}}^L = KK_{\text{ex-ante}}^L + \text{Steuern}_{\text{Ist}}^L - \text{Steuern}_{\text{ex-ante}}^L - \text{Rechtsänderungen}^L$$

Für die Ist-Steuerereinnahmen wird die SFK3-Tabelle zuzüglich den allgemeinen BEZ herangezogen. Die geschätzten Steuerereinnahmen werden der Steuerschätzung entnommen. Den Rechtsänderungen liegt ein Gesamtwert von 400 Millionen Euro zugrunde, welcher mittels Steueranteilsschlüssel auf die Länder verteilt wurde.

- (iii) Nachdem die ex-post Konjunkturkomponente berechnet wurde, kann nun der strukturelle Finanzierungssaldo ermittelt werden. Dazu werden vom tatsächlichen Finanzierungssaldo des Kernhaushaltes der Saldo finanzieller Transaktionen, die periodengerechte Abgrenzung des Länderfinanzausgleichs sowie die Einnahmen aus Konsolidierungshilfen subtrahiert und die ex-post Konjunkturkomponente addiert.³

Struktureller Finanzierungssaldo

- = Tatsächlicher Finanzierungssaldo
- Saldo finanzieller Transaktionen
- Periodengerechte Abgrenzung LFA
- Einnahmen aus Konsolidierungshilfen
- Ex-post Konjunkturkomponente

³ Die einzelnen Berechnungsposten werden im Anhang erläutert.

3 Steuermehreinnahmen und Konsolidierung

Die Bundesländer haben seit Inkrafttreten der Übergangsfrist zur Einhaltung der Schuldenbremse 2010 von steigenden Steuereinnahmen profitiert. Dabei wurden die in der Haushalts- und Finanzplanung angesetzten Werte von den tatsächlichen Steuereinnahmen teilweise deutlich übertroffen. Im Hinblick auf die Konsolidierungslasten, mit denen sich die meisten der 16 Bundesländer konfrontiert sehen, ist dies zumindest in der Anfangsphase eine willkommene Erleichterung. Schon ohne eigenes Zutun durch harte Sparschritte auf der Ausgabenseite hat sich der Finanzierungssaldo verbessert – es sei denn, das zusätzliche Geld wurde unmittelbar für zusätzliche Ausgaben eingesetzt.

Nach der Berechnungslogik der ex-post Konjunkturkomponente würde sich das strukturelle Defizit jedoch erhöhen, wenn ungeplante Steuermehreinnahmen nicht vollständig zur Konsolidierung eingesetzt werden. Schließlich ist die Steuerabweichungskomponente, also die Differenz zwischen Plan- und Ist-Steuereinnahmen, wesentlicher Bestandteil der ex-post Konjunkturkomponente. Dieser wird sinnvollerweise auch nicht mehr der Plan-Finanzierungssaldo, aufgrund dessen das strukturelle Defizit ex-ante berechnet wurde, zugrunde gelegt, sondern der Ist-Finanzierungssaldo. Hat sich der Finanzierungssaldo seit dem Planungszeitpunkt genauso verändert wie die Steuereinnahmen im selben Zeitraum, bleibt das strukturelle Defizit gleich.

Da die Länder aufgefordert sind, ihre strukturellen Defizite schrittweise abzubauen, kann nur eine Rückführung des Defizits, das über die zum Planungszeitpunkt noch nicht erwarteten Steuermehreinnahmen hinausgeht, als echter Konsolidierungserfolg gewertet werden. Der Vergleich von Plan- und Ist-Daten stellt also einen guten Maßstab zur Bewertung der Konsolidierungsbemühungen der Länder im Rahmen ihres Haushaltsvollzugs dar. Anders ausgedrückt lässt sich so ablesen, welche Priorität die Rückführung des Defizits im Vergleich zu Mehrausgaben für jedes einzelne Bundesland hat.

Um mit Blick auf die öffentlich verfügbaren Daten eine bestmögliche Konsistenz herzustellen, werden die Soll- bzw. Planzahlen aus den Stabilitätsberichten 2011 für das Jahr 2011 mit den Ist-Zahlen aus den Stabilitätsberichten 2012 verglichen. Dies gewährleistet hinsichtlich des Datenstands eine größtmögliche Vergleichbarkeit aller Bundesländer. Um mit den Werten aus den Haushaltsabschlüssen und der Finanzplanung Vergleichbarkeit herzustellen, sind diese und auch alle aus den Stabilitätsberichten entnommenen Werte aggregiert und nicht pro Einwohner gerechnet.

Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, das Saarland und Thüringen haben ihre Steuermehreinnahmen nicht zur Konsolidierung genutzt. Sie haben im Gegenteil darüber hinaus noch zusätzliche Ausgaben finanziert. Ausgaben, die – genauso wie die zum Planungszeitpunkt noch nicht erwarteten Steuermehreinnahmen – so nicht eingeplant waren. Die übrigen Bundesländer haben die Mehreinnahmen hingegen nahezu komplett in den Abbau der Defizite gesteckt bzw. Überschüsse ausgebaut. Die meisten Länder haben sogar noch über das Volumen der Steuermehreinnahmen hinaus konsolidiert, also Ausgaben gekürzt, was in Anbetracht der Defizite in vielen Ländern auch notwendig ist. Schließlich müssen diese Defizite bis zum Ende des Jahrzehnts abgebaut werden.

Tabelle 3-1: Verwendung von Steuermehreinnahmen in den Ländern

Vergleich von Plan- und Ist-Daten. Angaben in Tausend Euro, aggregierte Werte.

	Steuermehreinnahmen	Differenz Finanzierungssaldo	Abweichung
Baden-Württemberg	2.010.138	979.945	-1.030.193
Bayern	1.922.420	2.386.356	463.936
Brandenburg	422.316	689.555	267.239
Hessen	747.795	862.643	114.848
Mecklenburg-Vorpommern	260.584	564.999	304.415
Niedersachsen	1.127.746	610.300	-517.446
Nordrhein-Westfalen	2.548.316	1.587.450	-960.867
Rheinland-Pfalz	519.152	181.968	-337.184
Saarland	179.191	80.163	-99.029
Sachsen	647.745	1.473.360	825.615
Sachsen- Anhalt	351.352	353.073	1.721
Schleswig-Holstein	453.704	586.942	133.237
Thüringen	376.781	285.065	-91.716
Berlin	788.017	2.090.137	1.302.120
Bremen	191.249	379.226	187.977
Hamburg	376.311	1.065.500	689.189

Quelle: Stabilitätsberichte 2011 und 2012; eigene Berechnung.

Inwieweit die jeweiligen Konsolidierungsanstrengungen ausreichen, um den pro Jahr durchschnittlich notwendigen Defizitabbau zu vollziehen, kann nur mit Blick auf die Ausgangssituation der Länder beurteilt werden. Schließlich sind die 16 Bundesländer in 2010 mit höchst unterschiedlichen Ausgangsdefiziten angetreten, innerhalb von zehn Jahren ihre strukturelle Neuverschuldung auf Null zu reduzieren. Dementsprechend unterscheiden sich auch die Konsolidierungslasten.

4 Konsolidierungsnotwendigkeit und -erfolg

Während einige wenige Länder bereits strukturelle Überschüsse erzielen, stehen viele Länder vor gewaltigen Herausforderungen in Anbetracht ihrer aktuellen Defizite. In Ländern mit gegenwärtig hohen Defiziten sind jedes Jahr deutliche Einsparungen vonnöten, um den Finanzierungssaldo aus der Negativzone zu heben. Bei einigen Ländern ist festzustellen, dass sie die Herausforderung bereits angegangen sind und erste Schritte zur Defizitreduktion eingeleitet haben. Andere Länder verschieben die Konsolidierungslasten offenbar auf die Zukunft. Das Problem daran ist, dass das Defizit dann innerhalb wesentlich kürzerer Zeit abzubauen ist. Vor dem Hintergrund, dass ein Großteil der Ausgaben eines Landes nicht kurzfristig verhandelbar oder gar autonom veränderbar, sondern Gegenstand mittel- und langfristiger Vertragsbeziehungen ist, steigert das den Druck für die verbleibende Zeit immens.

Der folgende Ländervergleich hat drei Dimensionen: Die Ordnung der Länder erfolgt zunächst nach ihrem strukturellen Finanzierungssaldo pro Einwohner im Jahr 2011. Dies zeigt an, welche Konsolidierungslasten noch vor dem jeweiligen Land liegen. Zwar müssen alle Defizite bis 2020 abgebaut werden. Einem kleinen Land mit einem geringeren Haushaltsvolumen wird es aber wesentlich schwerer fallen, einen absolut gleich hohen aggregierten Defizitbetrag abzubauen. Dies wird durch die Einwohnergewichtung berücksichtigt. Die zweite und dritte Dimension zeigen die Dynamik, zum einen die bisherige Konsolidierungsleistung im ersten Jahr und zum anderen die Planung für die kommenden drei Jahre. Maßstab zur Bewertung der bisherigen und geplanten Entwicklung ist ein gleichmäßiger Abbaupfad, wie er für den Bund und diejenigen Länder, die Konsolidierungshilfen erhalten, ohnehin vorgegeben ist. Für die Bundesländer bedeutet dies, dass in jedem Jahr ein Zehntel des strukturellen Defizits aus dem Jahr 2010 abgebaut werden muss, damit das Ziel in 2020 erreicht wird.

Tabelle 4-1 zeigt die strukturellen Finanzierungssalden der Bundesländer pro Kopf. Ausgangspunkt in der ersten Spalte ist das Jahr 2010. Zu diesem Zeitpunkt wiesen alle Länder ein strukturelles Defizit aus, das linear abgebaut werden soll. Daraus ergibt sich das in der zweiten Spalte abgebildete Soll pro Jahr. Als signifikanter Konsolidierungserfolg wird aber nur gewertet, wenn von 2010 auf 2011 mehr als ein Fünftel des strukturellen Defizits aus 2010 abgebaut werden konnte und bis 2014 mehr als die Hälfte des Ausgangswertes von 2010. Erst dann wird neben der absoluten Mindestanforderung noch ein Konsolidierungspuffer aufgebaut. Diese Länder sind für den entsprechenden Zeitraum grün markiert. Findet ein Abbau des strukturellen Defizits statt, durch den eine lineare Rückführung um 10 Prozent pro Jahr gegeben ist, der aber unter den oben beschriebenen Dimensionen bleibt, es wird also kein Konsolidierungspuffer aufgebaut, stellt dies die Erfüllung der Mindestanforderungen dar und wird mit gelb unterlegt. Sinkt das strukturelle Defizit ausgehend von 2010 um weniger als 10 Prozent pro Jahr, ist eine lineare Rückführung auf null bis 2020 nicht gewährleistet, wenn man die Konsolidierungsbemühungen im Untersuchungszeitraum als Referenzmaßstab heranzieht. Dies ist orange gekennzeichnet. Bleibt das strukturelle Defizit konstant oder nimmt es sogar zu, liegen keine Konsolidierungsbemühungen der Landesregierung vor, was mit rot unterlegt ist.

Tabelle 4-1: Vergleich der Konsolidierungsaufgaben und -dynamik

Strukturelle Finanzierungssalden in Euro pro Einwohner (- = Defizit; + = Überschuss) in 2011 und im Vergleich zu 2010 bzw. 2014

	Struktureller Finanzierungssaldo					
	2010	Soll pro Jahr	Veränderung 2011 - 2010	2011	Veränderung 2014-2010	2014
Sachsen	-111	11	240	129	-33	-144
Mecklenburg-Vorpommern	-80	8	150	70	77	-3
Bayern	-110	11	35	-75	142	32
Brandenburg	-250	25	168	-81	288	39
Thüringen	-267	27	63	-204	280	13
Baden-Württemberg	-124	12	-83	-207	37	-87
Sachsen-Anhalt	-253	25	0	-253	236	-17
Niedersachsen	-288	29	4	-284	208	-80
Nordrhein-Westfalen	-339	34	18	-321	238	-100
Berlin	-576	58	234	-342	567	-9
Hessen	-314	31	-33	-347	160	-154
Schleswig-Holstein	-450	45	103	-348	337	-113
Hamburg	-788	79	350	-438	673	-115
Rheinland-Pfalz	-528	53	-58	-586	408	-119
Saarland	-1.205	121	230	-976	585	-620
Bremen	-2.017	202	512	-1.504	613	-1.404

Quelle: Eigene Berechnungen

Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern erzielen bereits im Haushaltsjahr 2011 strukturelle Überschüsse und haben damit das Konsolidierungsziel bereits innerhalb eines Jahres erreicht. Das Erreichen der Schuldenbremse in 2020 stellt für diese beiden Länder kein schwerwiegendes Problem dar. Vor diesem Hintergrund kann toleriert werden, wenn nicht in allen Jahren bis 2020 strukturelle Überschüsse erzielt werden. Allerdings rutschen ausgerechnet diese beiden Länder bis 2014 ins Minus: Sachsen hat 2014 mit -144 Euro sogar einen schlechteren Wert als 2010 mit -111 Euro. Dies darf kein Trend werden, sondern bestenfalls eine vorübergehende Abweichung sein, die im Sinne der Schuldenbremse in den Folgejahren wieder ausgeglichen wird.

Bayern dagegen weist einen ganz klar positiven Trend auf. Das Ausgangsdefizit aus dem Jahre 2010 wird kontinuierlich abgebaut, so dass schon in 2012 ein struktureller Überschuss entsteht, der in den folgenden Jahren weiter wachsen soll. Alle Flächenländer in Ostdeutschland streben ein vorzeitiges Erreichen strukturell ausgeglichener Haushalte an. Das ist angesichts dessen, dass der Solidarpakt zeitgleich mit dem Ende der Übergangsfrist bis zum tatsächlichen Inkrafttreten der Schuldenbremse in 2020 ausläuft, auch notwendig. Denn diese Länder müssen entsprechende Puffer in ihren Haushalten einplanen. Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz haben sich 2011 im Vergleich zum Startjahr 2010 zunächst verschlechtert und ihr strukturelles Defizit erhöht. Ihre Haushalts- und Finanzplanungen weisen jedoch in eine positive Richtung, nur Baden-Württemberg bleibt hinter dem Konsolidierungssoll zurück. In diesen Ländern wird genau zu beobachten sein, ob die Konsolidierungsziele in den kommenden Jahren auch entsprechend umgesetzt werden.

Die Länder Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein stehen unter besonderer Beobachtung, weil sie Konsolidierungshilfen erhalten. 2011 haben Bremen, das Saarland und Schleswig Holstein hinreichende Verbesserungen ihres strukturellen Defizits erzielt und einen Konsolidierungspuffer aufbauen können. Die Analyse ihrer Finanzpläne deutet weitere Fortschritte beim Defizitabbau an. Allerdings bleiben diese hinter dem vorgegebenen Abbaupfad zurück, so dass die Weiterzahlung der Konsolidierungshilfen in Gefahr ist. Bei Sachsen-Anhalt verhält es sich genau umgekehrt. 2011 blieb das strukturelle Defizit konstant, in der Finanzplanung ist aber bis 2014 ein signifikanter Abbau vorgesehen. Wird dieser erfolgreich umgesetzt, würde das Land 2014 sogar einen großen Konsolidierungspuffer aufweisen. Berlin weist unter den Ländern, die Konsolidierungshilfen erhalten, die positivste Entwicklung auf. Bereits 2011 konnte das strukturelle Defizit deutlich verringert werden und bis 2014 ist ein weitgehend defizitfreier Haushalt geplant. Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hamburg sind schließlich auf einem guten Weg. Bis 2014 wird kein vollständiger Abbau ihrer strukturellen Defizite möglich sein, doch in diesen drei Bundesländern kann das Ziel des strukturellen Haushaltsausgleichs schon vor 2020 eingehalten werden, wenn die Konsolidierungspläne konsequent in die Tat umgesetzt werden. Auffällig ist in fast allen Ländern, dass nach den Daten der Haushalts- und Finanzpläne alles im grünen Bereich liegt. Was im Endeffekt zählt ist jedoch, ob die Umsetzung auch tatsächlich gelingt.

5 Länderteil

Auf den folgenden Seiten finden sich Informationen zu jedem der einzelnen Bundesländer. Alle Werte sind aggregiert, so wie sie in den Haushaltsabschlüssen und den Finanzplanungen ausgewiesen sind. Zum einen sind zentrale Haushaltskennzahlen wie Steuermehreinnahmen und zentrale Ausgabenposten aufgeführt, zum anderen die einzelnen Berechnungsschritte zur Ermittlung des strukturellen Defizits. Dabei werden die Jahre 2010 bis 2014 beleuchtet. Den Jahren 2010 und 2011 liegen Ist-Daten zugrunde. Den Werten für die Jahre 2012 bis 2014 liegen Haushalts- und Finanzplandaten zugrunde. Diese Werte decken sich weitgehend mit den Angaben in den Stabilitätsberichten, so diese denn detaillierte Positionen aufführen. Da der Finanzierungssaldo in Abgrenzung des Stabilitätsrats zusätzliche Positionen gegenüber dem Finanzierungssaldo, der in der SFK3-Statistik und üblicherweise in den Haushalts- und Finanzplanungen angegeben wird, enthält, wird dieser nachrichtlich ausgewiesen; ebenso der darauf basierende um die ex-post-Konjunkturkomponente bereinigte strukturelle Finanzierungssaldo in Stabilitätsrats-Abgrenzung. Offensichtlich weichen einige der Werte mehr oder weniger stark von den Berechnungen in den Konsolidierungsberichten ab. Dies ist jedoch – wie in Kapitel 2 geschildert – darauf zurückzuführen, dass nicht alle der dort verwendeten Informationen zugänglich waren.

Die Entwicklung der Personal-, Investitions- und Zinsausgaben in den letzten beiden Jahren und in den Planungen der Bundesländer geben in Relation zur Entwicklung des strukturellen Defizits Aufschluss darüber, wie die Länder konsolidieren. Gelingt dies nur über eine Reduktion der Investitionsquote oder können auch konsumtive Ausgaben zurückgefahren werden? Zum besseren Verständnis werden zunächst die einzelnen Berechnungsposten zur Ermittlung des strukturellen Defizits erklärt.

Tatsächlicher Finanzierungssaldo:

Saldo aus SFK3-Statistik (vierteljährliche Kassenstatistik) inklusive Auslaufperiode, veröffentlicht vom Statistischen Bundesamt.

Saldo finanzieller Transaktionen:

Errechnet aus der Summe von Veräußerung von Beteiligungen, Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich und Darlehensrückflüsse abzüglich der Summe aus Erwerb von Beteiligungen, Tilgungszahlungen an den öffentlichen Bereich und Darlehensvergabe. Die Werte sind der SFK3-Statistik des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2011 entnommen.

Periodengerechte Abgrenzung des Länderfinanzausgleichs (LFA)

Um den LFA periodengerecht abgrenzen zu können, bedarf es der Summe aus Umsatzsteueranteilen, Einnahmen/Ausgaben durch den LFA sowie den Bundesergänzungszuweisungen (BEZ). Dann wird der Saldo aus den Kasse-Werten (entnommen aus der SFK3-Statistik) sowie den endgültigen Jahreswerten (aus den Tabellen des BMF) gebildet.

Einnahmen aus Konsolidierungshilfen

Die Konsolidierungshilfen erhalten Länder Berlin, Bremen, Saarland, Schleswig-Holstein sowie Sachsen-Anhalt. Die Werte sind den jeweiligen Konsolidierungsberichten entnommen.

Ex-ante Konjunkturkomponente

Die Werte der Budgetsensitivität sowie der Produktionslücke entstammen den Publikationen des BMF. Für die Anteile der Länder an den Steuereinnahmen werden die reinen Landessteuern, Lohn- und veranlagte Einkommensteuern, nicht veranlagte Steuer vom Ertrag und Körperschaftssteuer, Zinsabschlag, Umsatzsteuer, Gewerbesteuerumlage und erhöhte Gewerbesteuerumlage in den jeweils den Ländern zustehenden Prozentsätzen addiert, ebenso wie Einnahmen oder Ausgaben aus dem Länderfinanzausgleich. Diese Werte sind der Statistik SFK3 für das Jahr 2009 einschließlich Auslaufperiode entnommen. Zusätzlich zu den Steuereinnahmen werden die allgemeinen BEZ addiert. Der Anteil eines Bundeslandes ergibt sich aus der Summe von Steuereinnahmen und allgemeinen BEZ an allen Steuereinnahmen und allgemeinen BEZ. Für den Gemeindeanteil der Stadtstaaten werden aus den Steuereinnahmen der Gemeinden entsprechend die Anteile berechnet.

Ex-post Konjunkturkomponente

Diese setzt sich aus der ex-ante Konjunkturkomponente (IW-Berechnung) sowie der Differenz zwischen den veranschlagten und den tatsächlichen Steuereinnahmen und den Steuerrechtsänderungen zusammen. Bei den Steuerrechtsänderungen wurde ein Gesamtwert von 400 Millionen Euro für alle Länder zugrunde gelegt, welcher mit dem jeweiligen Anteil eines Landes an den Steuereinnahmen aller Länder multipliziert wurde. Hinzu kommen Steuerrechtsänderungen von rund 240 Millionen Euro bei den Gemeinden. Die Gemeindeanteile der Stadtstaaten wurden analog zu den Länderanteilen ermittelt. Die Steuer-Ist-Einnahmen setzen sich aus den Steuereinnahmen der SFK3-Statistik für das Jahr 2011, den allgemeinen BEZ, den Einnahmen/Ausgaben aus dem LFA sowie der periodengerechten Abgrenzung des LFA für das Jahr 2011 zusammen. Die Werte für die geschätzten Steuereinnahmen ergeben sich aus der Steuerschätzung November 2010. Daraus wurden die Steuereinnahmen aller Länder vor FDE (Fond Deutsche Einheit), BEZ und LFA herangezogen und die Schätzungen für den Fonds Deutsche Einheit und der erhöhten Gewerbesteuerumlage addiert. Diese Summe wird um die allgemeinen BEZ gemäß dem Finanzbericht ergänzt. Da die regionalisierte Steuerschätzung, die das Finanzministerium Baden-Württemberg für alle Länder vornimmt, als solche nicht veröffentlicht wird, wird die sich ergebende Summe behelfsweise mit den Steueranteilen der Länder multipliziert und ergibt so die geschätzten Steuereinnahmen für jedes Bundesland.

5.1 Baden-Württemberg

Tabelle 5-1: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Baden-Württemberg

Angaben in Millionen Euro

	2010 ¹	2011 ²	2012 ³	2013 ⁴	2014 ⁴
Steuereinnahmen	24.799	27.294	29.010	29.880	31.040
bereinigte Einnahmen	34.845	37.419	37.256	38.562	39.670
Investitionsausgaben ⁵	3.864	4.043	3.545	3.683	3.658
Quote (Anteil an den bereinigten Ausgaben)	10,8%	10,7%	9,2%	9,1%	8,9%
Personalausgaben	14.022	14.545	15.232	15.948	16.267
Zinsausgaben	1.839	1.835	1.910	1.973	1.861
bereinigte Ausgaben	35.694	37.824	38.653	40.517	41.067
Haushaltstechnische Verrechnungen	19,6	29,0			
Finanzierungssaldo SFK3/Finanzplanung	-830	-376	-1.397	-1.954	-1.396
Saldo finanzieller Transaktionen	-74	-93	-129	-139	-136
Konsolidierungshilfen	0	0	0	0	0
Periodengerechte Abgrenzung LFA	-462	-132			
Konjunkturkomponente ^{ex-ante}	-718	-244	-538	-452	-327
Konjunkturkomponente ^{ex-post}	116	1.816			
Struktureller Finanzierungssaldo	-1.334	-2.231	-731	-1.364	-933

Quellen:

¹ Gemäß SFK3 2010, 1.-5. Quartal

² Gemäß SFK3 2011, 1.-5. Quartal

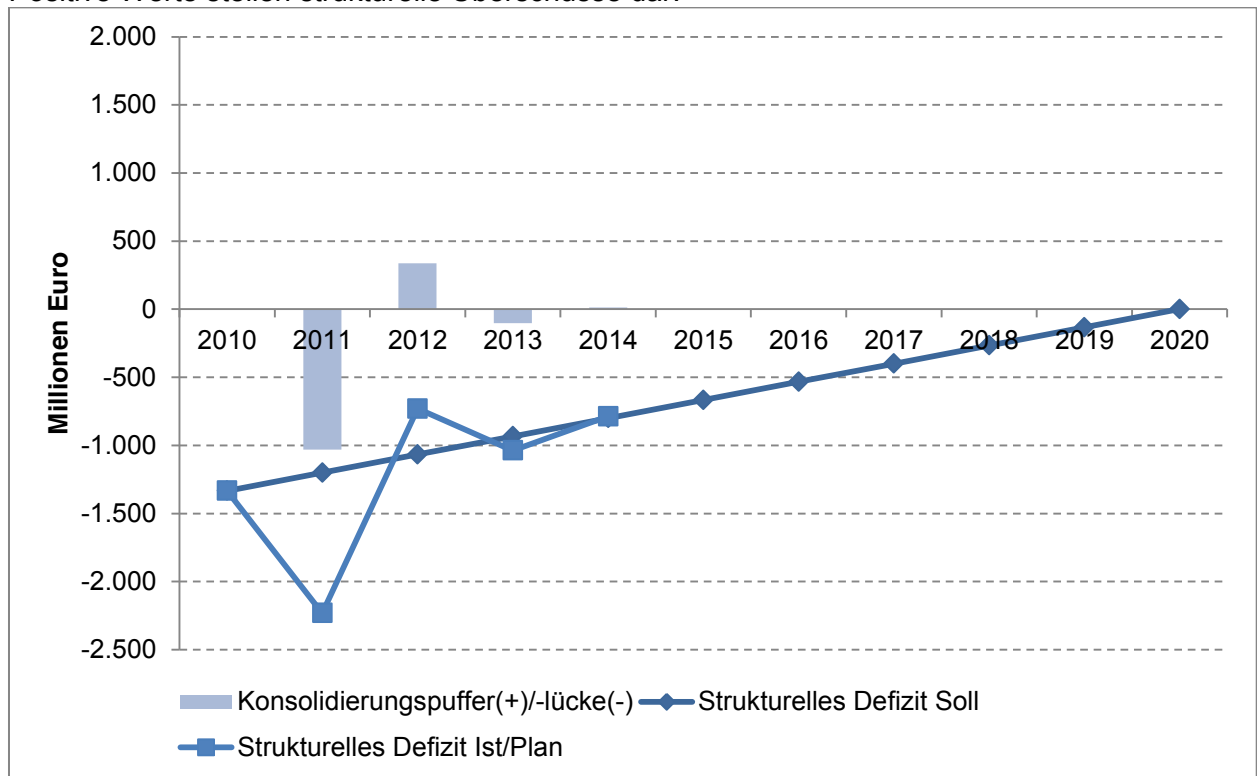
³ Staatshaushaltsplan 2012

⁴ Staatshaushaltsplan 2013/2014

⁵ Berechnet aus den Ausgabengruppen 21, 221, 222 SFK3-2011

Abbildung 5-1: Konsolidierungserfolg in Baden-Württemberg

Positive Werte stellen strukturelle Überschüsse dar.



Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund der Haushalts- und Finanzpläne

In 2011 hat Baden-Württemberg weniger als die Hälfte der Steuermehreinnahmen zur Konsolidierung eingesetzt. Stattdessen wurden zusätzliche Ausgaben finanziert. Dadurch hat sich das strukturelle Defizit gegenüber 2010 deutlich vergrößert. Nur in 2012 gelingt es Baden-Württemberg, einen kleinen Konsolidierungspuffer aufzubauen, in den Folgejahren nicht. In ihrer Finanzplanung gibt die Landesregierung selbst für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 einen haushaltswirtschaftlichen Handlungsbedarf von jeweils etwa 2,5 Milliarden Euro an.

Personal- und Zinsausgaben steigen in den kommenden Jahren, während die Investitionsausgaben leicht zurückgehen beziehungsweise stagnieren. Dadurch geht die Investitionsquote zurück. Baden-Württemberg ist deshalb aufgefordert, seine Konsolidierungsziele insbesondere im Bereich der konsumtiven Ausgaben umzusetzen.

5.2 Bayern

Tabelle 5-2: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Bayern

Angaben in Millionen Euro

	2010 ¹	2011 ²	2012 ³	2013 ⁴	2014 ⁴
Steuereinnahmen	31.043	33.619	34.367	36.229	37.756
bereinigte Einnahmen	40.593	43.839	43.601	46.327	48.133
Investitionsausgaben ⁵	5.233	5.383	5.484	5.725	5.651
Quote (Anteil an den bereinigten Ausgaben)	12,5%	12,5%	12,4%	12,2%	11,7%
Personalausgaben	17.101	17.442	18.292	19.353	19.943
Zinsausgaben	1.046	1.075	1.090	989	985
bereinigte Ausgaben	41.883	42.903	44.170	46.906	48.297
Haushaltstechnische Verrechnungen	2,8	-0,5	0		
Finanzierungssaldo SFK3/Finanzplanung	-1.287	936	-568	-578	-163
Saldo finanzieller Transaktionen	0	-58	-163	-152	-157
Konsolidierungshilfen	0	0	0	0	0
Periodengerechte Abgrenzung LFA	117	-244			
Konjunkturkomponente ^{ex-ante}	-860	-292	-640	-564	-408
Konjunkturkomponente ^{ex-post}	208	1.690			
Struktureller Finanzierungssaldo	-1.380	-941	234	138	402

Quellen:

¹ Gemäß SFK3 2010, 1.-5. Quartal

² Gemäß SFK3 2011, 1.-5. Quartal bzw. Haushaltsrechnung 2011

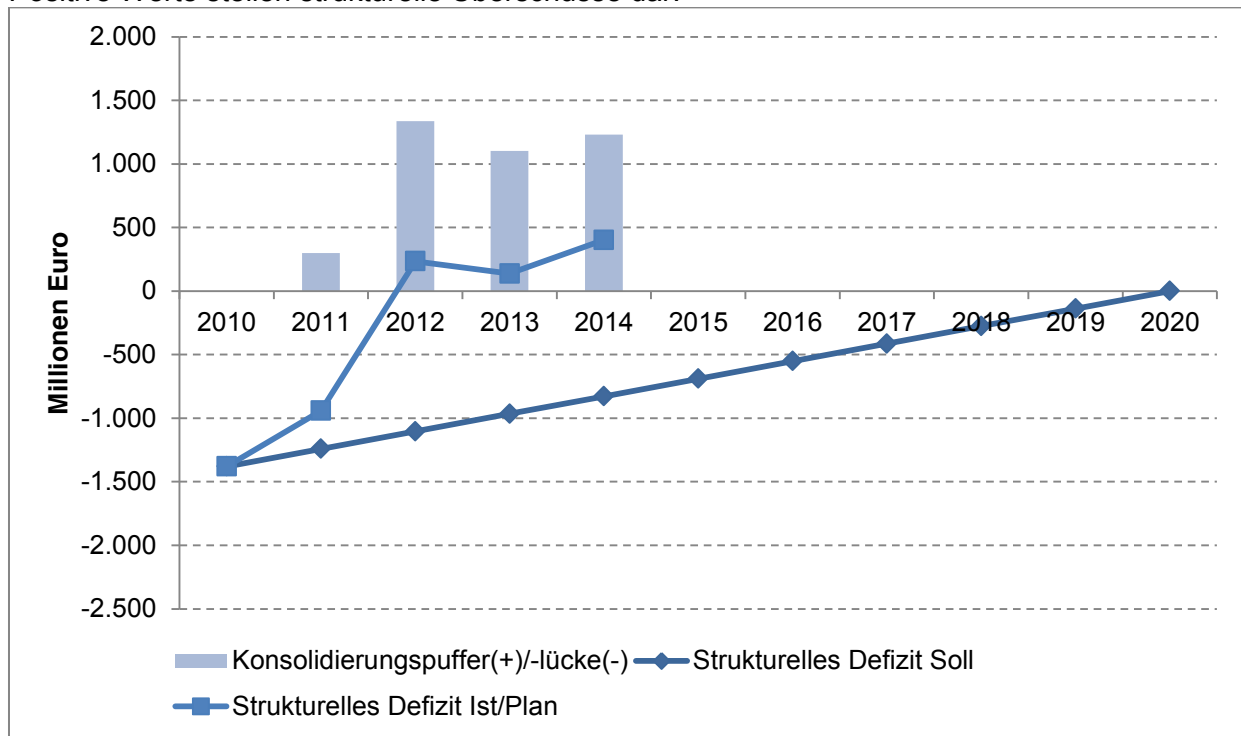
³ Nachtragshaushaltsplan 2012

⁴ Haushaltsplan 2013/2014

⁵ Berechnet aus den Ausgabengruppen 21, 221, 222, 23 und 24 SFK3-2011

Abbildung 5-2: Konsolidierungserfolg in Bayern

Positive Werte stellen strukturelle Überschüsse dar.



Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund der Haushalts- und Finanzpläne

Bayern baut sein strukturelles Defizit schnell ab und erzielt bereits im Haushaltsjahr 2012 strukturelle Überschüsse. In der Berechnung des strukturellen Defizits 2011 ergibt sich insofern eine Besonderheit, als das Statistische Bundesamt in der Auslaufperiode die Entnahmen sowie Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke umgruppiert hat, was deutliche Auswirkungen auf den Finanzierungssaldo des Kernhaushaltes zur Folge hat. Da diese Umgruppierung in den anderen Ländern nicht in gleicher Weise vollzogen worden ist, werden in Bayern abweichend die Beträge aus der Haushaltsabschlussrechnung für 2011 angewendet. So kann die Vergleichbarkeit der Bundesländer erhalten bleiben.

Die Personalausgaben in Bayern sind vergleichsweise hoch und steigen in den kommenden Jahren weiter. Die Investitionsausgaben steigen laut Haushaltsplanung 2013/2014 gegenüber 2012, wohingegen die Zinsausgaben rückläufig sind.

5.3 Berlin

Tabelle 5-3: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Berlin

Angaben in Millionen Euro

	2010 ¹	2011 ²	2012 ³	2013 ³	2014 ⁴
Steuereinnahmen	10.480	10.833	11.659	11.787	12.211
bereinigte Einnahmen	20.255	20.794	22.106	21.992	22.435
Investitionsausgaben ⁵	1.773	1.534	1.439	1.428	1.424
Quote (Anteil an den bereinigten Ausgaben)	8,2%	7,0%	6,4%	6,3%	6,4%
Personalausgaben	6.460	6.607	6.786	6.877	6.985
Zinsausgaben	2.208	2.226	2.182	2.309	2.364
bereinigte Ausgaben	21.669	21.910	22.635	22.493	22.653
Haushaltstechnische Verrechnungen	0,4	1,6			
Finanzierungssaldo SFK3/Finanzplanung	-1.414	-1.114	-529	-501	-218
Saldo finanzieller Transaktionen	-164	-57	-160	-141	-114
Konsolidierungshilfen	0	53	80	80	80
Periodengerechte Abgrenzung LFA	-292	550			
Konjunkturkomponente ^{ex-ante}	-463	-140	-294	-210	-152
Konjunkturkomponente ^{ex-post}	462	630			
Struktureller Finanzierungssaldo	-2.003	-1.190	-155	-231	-32

Quellen:

¹ Gemäß SFK3 2010, 1.-5. Quartal

² Gemäß SFK3 2011, 1.-5. Quartal

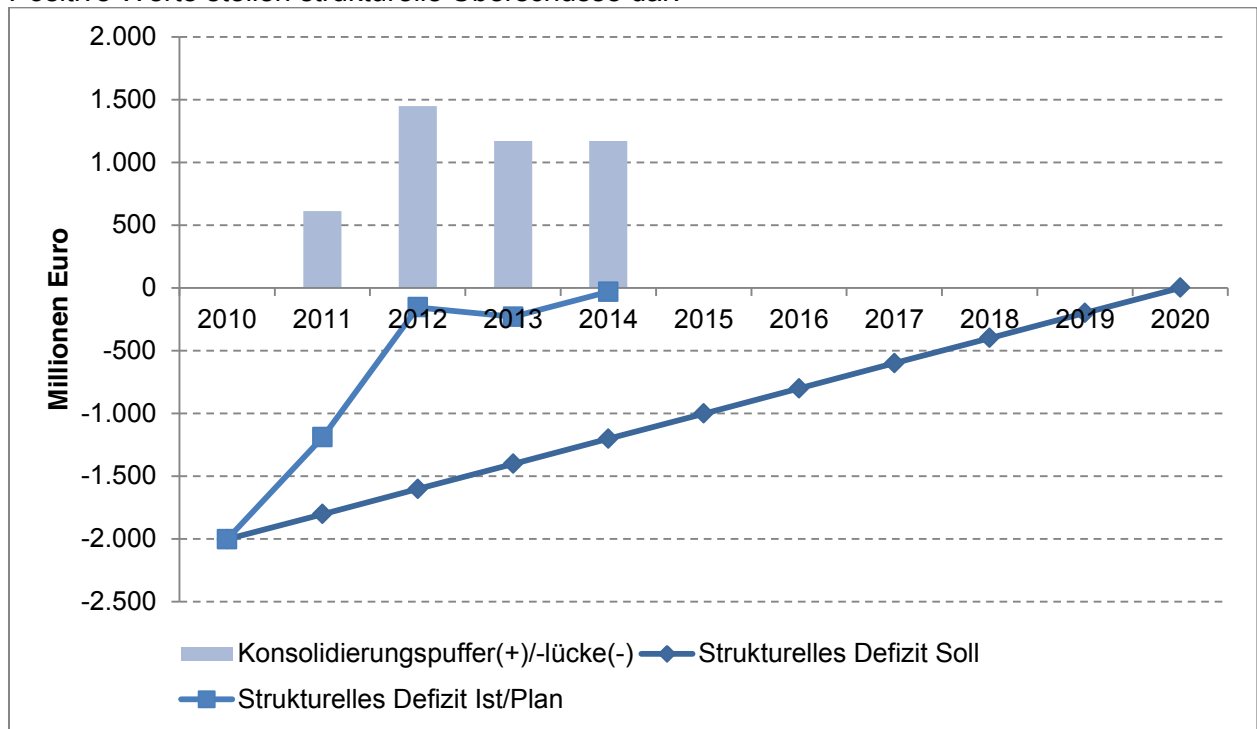
³ Nachtragshaushalt 2012/2013

⁴ Finanzplanung 2012 bis 2016, Stand September 2012

⁵ Berechnet aus den Ausgabengruppen 21, 221, 222 SFK3-2011

Abbildung 5-3: Konsolidierungserfolg in Berlin

Positive Werte stellen strukturelle Überschüsse dar.



Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund der Haushalts- und Finanzpläne

Berlin macht seine Hausaufgaben und baut sein strukturelles Defizit konsequent ab. Wird die Finanzplanung in die Tat umgesetzt, kann schon in 2014 ein strukturell nahezu ausgeglichener Haushalt erreicht werden. Die Investitionsausgaben sind vergleichsweise niedrig und bleiben es im Untersuchungszeitraum auch. Die Personal- und die Zinsausgaben steigen nur mäßig. Behält Berlin diesen Kurs bei, können noch vor dem Ende der Übergangsfrist bis zur Verbindlichkeit der Neuverschuldungsverbots in 2020 Überschüsse erzielt werden.

5.4 Brandenburg

Tabelle 5-4: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Brandenburg

Angaben in Millionen Euro

	2010 ¹	2011 ²	2012 ³	2013 ³	2014 ⁴
Steuereinnahmen	5.123	5.512	5.683	5.979	6.195
bereinigte Einnahmen	9.413	10.056	9.834	10.161	10.134
Investitionsausgaben ⁵	1.640	1.564	1490,8	1.771	1.303
Quote (Anteil an den bereinigten Ausgaben)	16,5%	15,7%	14,7%	16,7%	12,8%
Personalausgaben	2.137	2.191	2.268	2.350	2.395
Zinsausgaben	632	606	696	661	690
bereinigte Ausgaben	9.943	9.933	10.128	10.581	10.147
Haushaltstechnische Verrechnungen	0	0			
Finanzierungssaldo SFK3/Finanzplanung	-529	123	-295	-420	-13
Saldo finanzieller Transaktionen	-73	-45	-37	-260	-72
Konsolidierungshilfen	0	0	0	0	0
Periodengerechte Abgrenzung LFA	-66	2			
Konjunkturkomponente ^{ex-ante}	-223	-62	-127	-52	-37
Konjunkturkomponente ^{ex-post}	102	373			
Struktureller Finanzierungssaldo	-624	-203	-130	-108	97

Quellen:

¹ Gemäß SFK3 2010, 1.-5. Quartal

² Gemäß SFK3 2011, 1.-5. Quartal

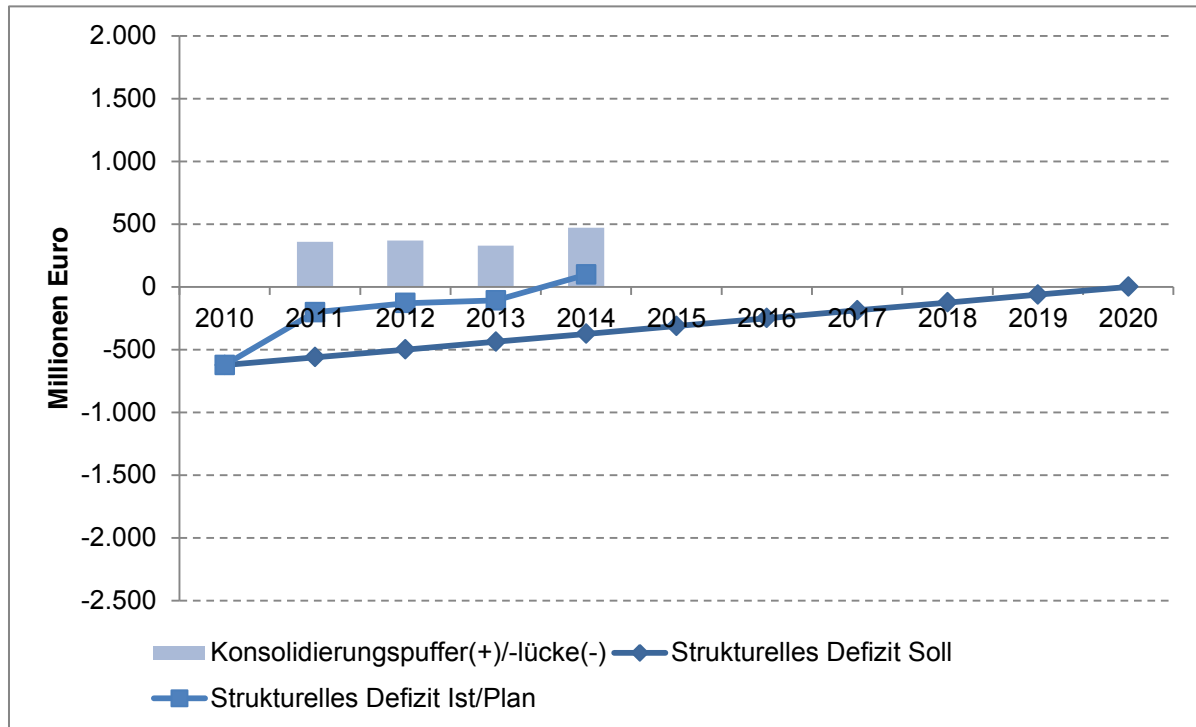
³ Haushaltsplan 2012

⁴ Haushaltsplanentwurf

⁵ Berechnet aus den Ausgabengruppen 21, 221, 222 SFK3-2011

Abbildung 5-4: Konsolidierungserfolg in Brandenburg

Positive Werte stellen strukturelle Überschüsse dar.



Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund der Haushalts- und Finanzpläne

Brandenburg kann bereits in 2014 strukturelle Überschüsse erzielen, wenn der aktuelle Finanzplan umgesetzt werden kann. Allerdings geht die Konsolidierung zulasten der Investitionen. Die Investitionsquote sinkt deutlich, während die Personalausgaben steigen, letztere aber nur leicht.

5.5 Bremen

Tabelle 5-5: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Bremen

Angaben in Millionen Euro

	2010 ¹	2011 ²	2012 ³	2013 ³	2014 ³
Steuereinnahmen	2.027	2.301	2.317	2.414	2.512
bereinigte Einnahmen	3.318	3.953	3.740	3.872	4.008
Investitionsausgaben ⁵	545	519	497	507	502
Quote (Anteil an den bereinigten Ausgaben)	11,9%	11,4%	10,7%	7,8%	10,7%
Personalausgaben	1.372	1.397	1.416	1.431	1.443
Zinsausgaben	690	630	679	702	705
bereinigte Ausgaben	4.573	4.554	4.633	4.681	4.670
Haushaltstechnische Verrechnungen	1,2	-0,2			
Finanzierungssaldo SFK3/Finanzplanung	-1.254	-601	-894	-809	-662
Finanzierungssaldo von Extrahaushalten mit eigener Kreditermächtigung	-74	54,7			
Saldo finanzieller Transaktionen	5	-2	-7	-7	-7
Konsolidierungshilfen	0	200	300	300	300
Periodengerechte Abgrenzung LFA	99	-32			
Konjunkturkomponente ^{ex-ante}	-79	-27	-56	-40	-29
Konjunkturkomponente ^{ex-post}	96	217			
Struktureller Finanzierungssaldo	-1.330	-992	-1.131	-1.061	-926

Quellen:

¹ Gemäß SFK3 2010, 1.-5. Quartal

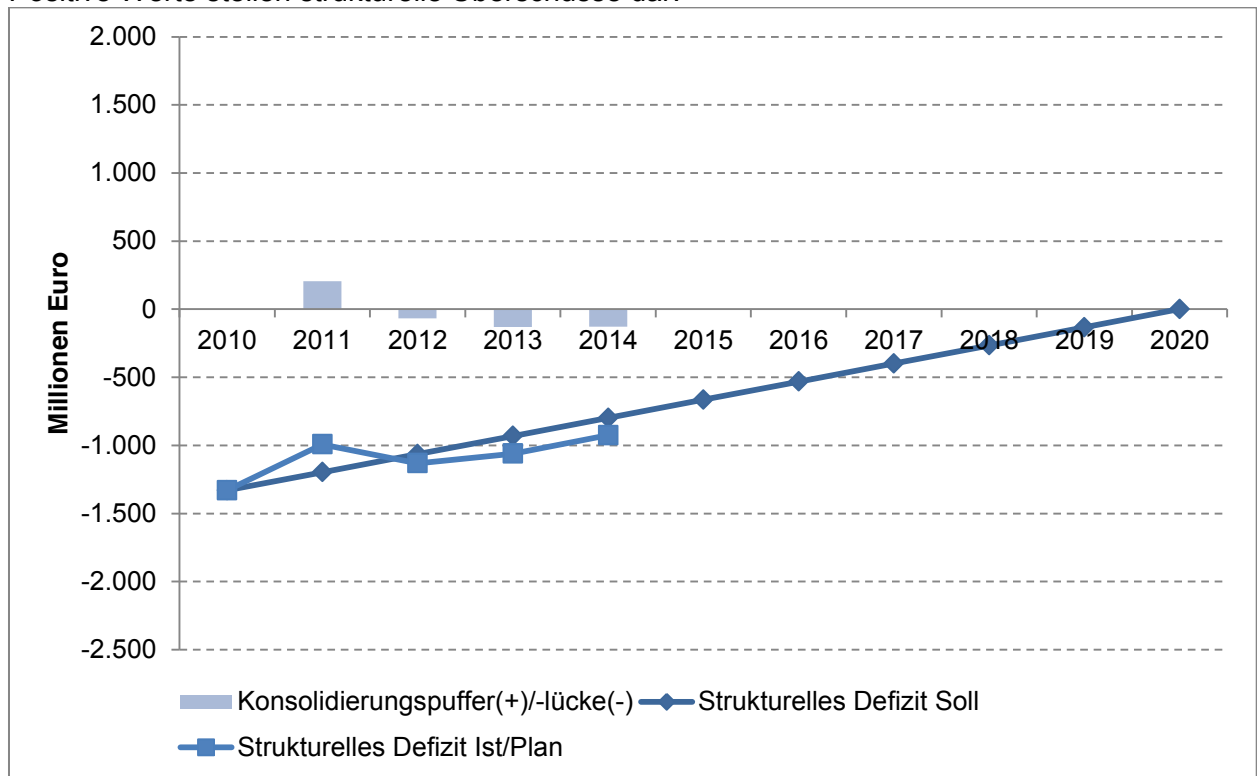
² Gemäß SFK3 2011, 1.-5. Quartal

³ Finanzplanung 2011 bis 2016, Stand Februar 2012

⁵ Berechnet aus den Ausgabengruppen 21, 221, 222 SFK3-2011

Abbildung 5-5: Konsolidierungserfolg in Bremen

Positive Werte stellen strukturelle Überschüsse dar.



Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund der Haushalts- und Finanzpläne

In 2011 hat Bremen konsequent konsolidiert, die Steuermehreinnahmen vollständig zur Konsolidierung eingesetzt und noch darüber hinaus gespart. Dieser Pfad muss in den Folgejahren weiterhin bestritten werden, denn um weiterhin Konsolidierungshilfen zu erhalten, muss Bremen jedes Jahr ein Zehntel des Ausgangsdefizits von 2010 abbauen. Dass dies auch in den kommenden Jahren klappt, ist aus der Haushalts- und Finanzplanung noch nicht abzulesen. Dazu muss Bremen den Sparkurs von 2011 konsequent fortsetzen.

5.6 Hamburg

Tabelle 5-6: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Hamburg

Angaben in Millionen Euro

	2010 ¹	2011 ²	2012 ³	2013 ³	2014 ⁴
Steuereinnahmen	8.182	8.689	8.975	9.360	9.642
bereinigte Einnahmen	10.220	11.105	10.265	10.820	11.161
Investitionsausgaben ⁵	1.183	956	877	850	849
Quote (Anteil an den bereinigten Ausgaben)	10,6%	8,3%	7,5%	7,2%	7,1%
Personalausgaben	3.501	3.534	3.672	3.791	3.826
Zinsausgaben	908	880	882	846	847
bereinigte Ausgaben	11.123	11.502	11.305	11.416	11.520
Haushaltstechnische Verrechnungen	11,1	-5,5			
Finanzierungssaldo SFK3/Finanzplanung	-892	-403	-1.040	-597	-359
Saldo finanzieller Transaktionen	-32	-201	-29	-15	-15
Konsolidierungshilfen	0	0	0	0	0
Periodengerechte Abgrenzung LFA	-67	-92			
Konjunkturkomponente ^{ex-ante}	-235	-80	-175	-192	-139
Konjunkturkomponente ^{ex-post}	484	491			
Struktureller Finanzierungssaldo	-1.411	-784	-835	-390	-205

Quellen:

¹ Gemäß SFK3 2010, 1.-5. Quartal

² Gemäß SFK3 2011, 1.-5. Quartal

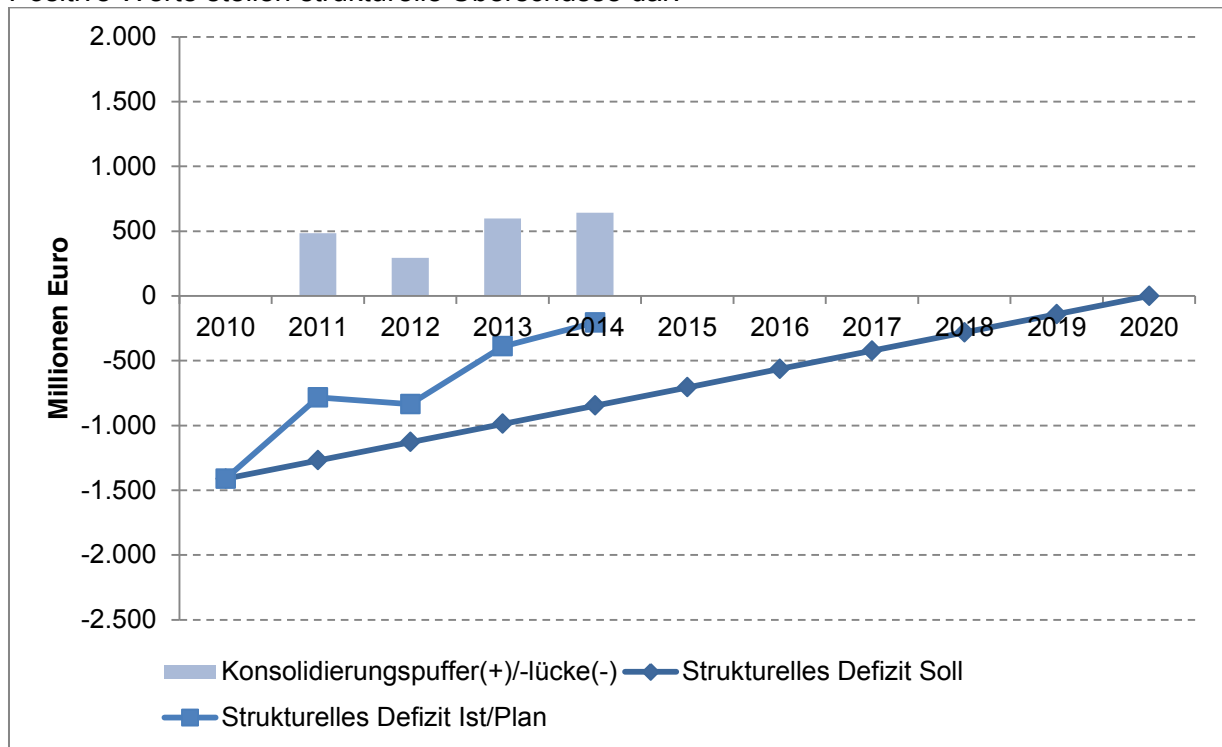
³ fortgeschriebener Haushaltsplan 2012, Stand 13.12.2012

⁴ Haushaltsplan 2013 - 2014, Fassung B

⁵ Berechnet aus den Ausgabengruppen 21, 221, 222 SFK3-2011

Abbildung 5-6: Konsolidierungserfolg in Hamburg

Positive Werte stellen strukturelle Überschüsse dar.



Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund der Haushalts- und Finanzpläne

Hamburg befindet sich auch einem guten Weg beim Defizitabbau. Im Vergleich zum gleichmäßigen Abbau des Ausgangsdefizits von 2010 kann Hamburg sogar einen Konsolidierungspuffer aufbauen.

5.7 Hessen

Tabelle 5-7: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Hessen

Angaben in Millionen Euro

	2010 ¹	2011 ²	2012 ³	2013 ⁴	2014 ⁴
Steuereinnahmen	14.884	16.018	16.791	17.641	18.460
bereinigte Einnahmen	18.755	20.372	20.583	21.632	22.549
Investitionsausgaben ⁵	2.063	2.439	2.083	2.147	2.012
Quote (Anteil an den bereinigten Ausgaben)	10,0%	11,2%	9,4%	9,3%	8,5%
Personalausgaben	7.874	8.006	8.079	8.441	8.615
Zinsausgaben	1.341	1.353	1.501	1.390	1.468
bereinigte Ausgaben	20.690	21.716	22.177	23.112	23.787
Haushaltstechnische Verrechnungen	-3,3	-2,5			
Finanzierungssaldo SFK3/Finanzplanung	-1.938	-1.347	-1.594	-1.480	-1.239
Saldo finanzieller Transaktionen	-110	-123	-127	-124	-124
Konsolidierungshilfen	0	0	0	0	0
Periodengerechte Abgrenzung LFA	-64	-243			
Konjunkturkomponente ^{ex-ante}	-412	-138	-307	-249	-180
Konjunkturkomponente ^{ex-post}	15	639			
Struktureller Finanzierungssaldo	-1.907	-2.105	-1.160	-1.107	-934

Quellen:

¹ Gemäß SFK3 2010, 1.-5. Quartal

² Gemäß SFK3 2011, 1.-5. Quartal

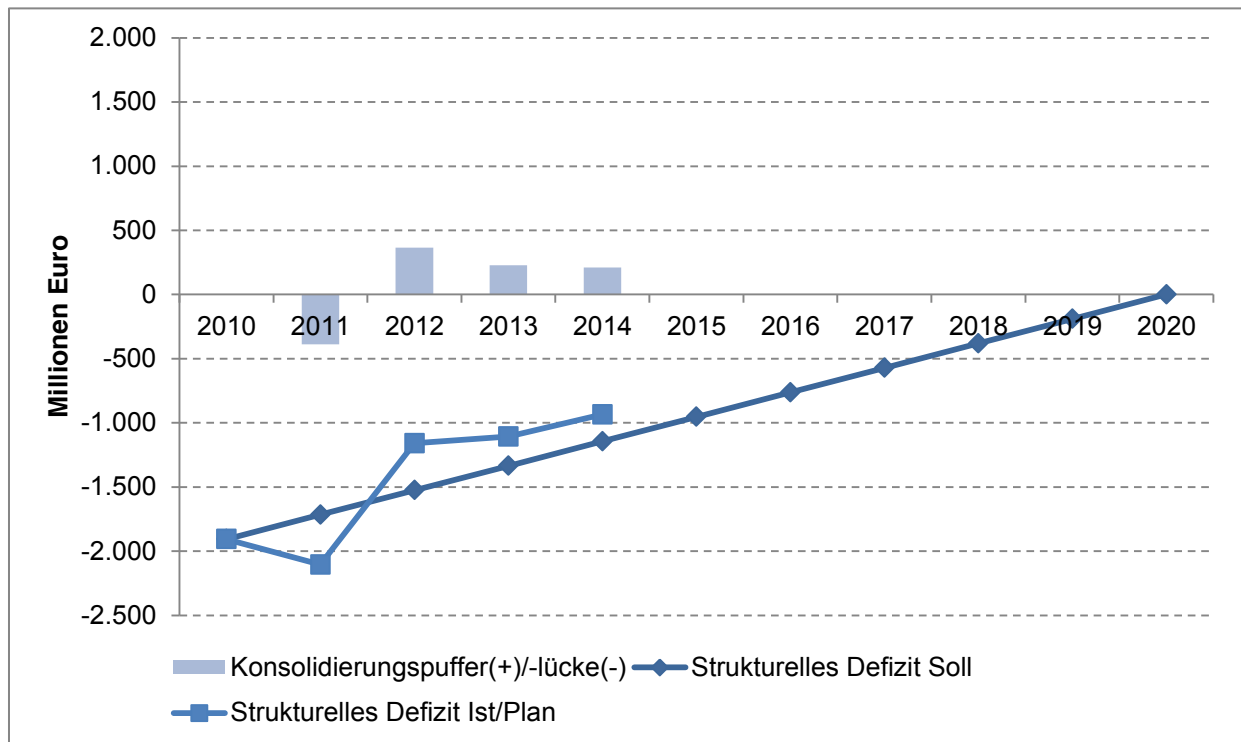
³ Haushaltssoll 2012

⁴ Haushaltsplanentwurf

⁵ Berechnet aus den Ausgabengruppen 21, 221, 222 SFK3-2011

Abbildung 5-7: Konsolidierungserfolg in Hessen

Positive Werte stellen strukturelle Überschüsse dar.



Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund der Haushalts- und Finanzpläne

Hessens strukturelles Defizit hat sich zwar in 2011 gegenüber dem Ausgangswert in 2010 verschlechtert, doch laut Haushalts- und Finanzplanung wird ab 2012 ein schrittweiser Abbau des Defizits verfolgt. Wird dieser konsequent weiter beschritten, wird die Einhaltung des strukturellen Neuverschuldungsverbots bis 2020 gelingen. Hessen wird darüber hinaus einen kleinen Konsolidierungspuffer aufbauen.

5.8 Mecklenburg-Vorpommern

Tabelle 5-8: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Mecklenburg-Vorpommern

Angaben in Millionen Euro

	2010 ¹	2011 ²	2012 ³	2013 ³	2014 ⁴
Steuereinnahmen	3.308	3.508	3.683	3.849	3.990
bereinigte Einnahmen	6.723	7.273	7.060	7.156	7.173
Investitionsausgaben ⁵	1.191	1.288	1.222	1.114	1.087
Quote (Anteil an den bereinigten Ausgaben)	17,4%	18,3%	17,0%	15,5%	15,1%
Personalausgaben	1.657	1.700	1.774	1.815	1.843
Zinsausgaben	381	367	397	402	420
bereinigte Ausgaben	6.841	7.028	7.207	7.166	7.212
Haushaltstechnische Verrechnungen	0,0	0,0			
Finanzierungssaldo SFK3/Finanzplanung	-118	245	-147	-10	-39
Saldo finanzieller Transaktionen	30	15	-33	-46	-9
Konsolidierungshilfen	0	0	0	0	0
Periodengerechte Abgrenzung LFA	32	111			
Konjunkturkomponente ^{ex-ante}	-154	-42	-87	-35	-25
Konjunkturkomponente ^{ex-post}	15	227			
Struktureller Finanzierungssaldo	-131	114	-27	70	-6

Quellen:

¹ Gemäß SFK3 2010, 1.-5. Quartal

² Gemäß SFK3 2011, 1.-5. Quartal

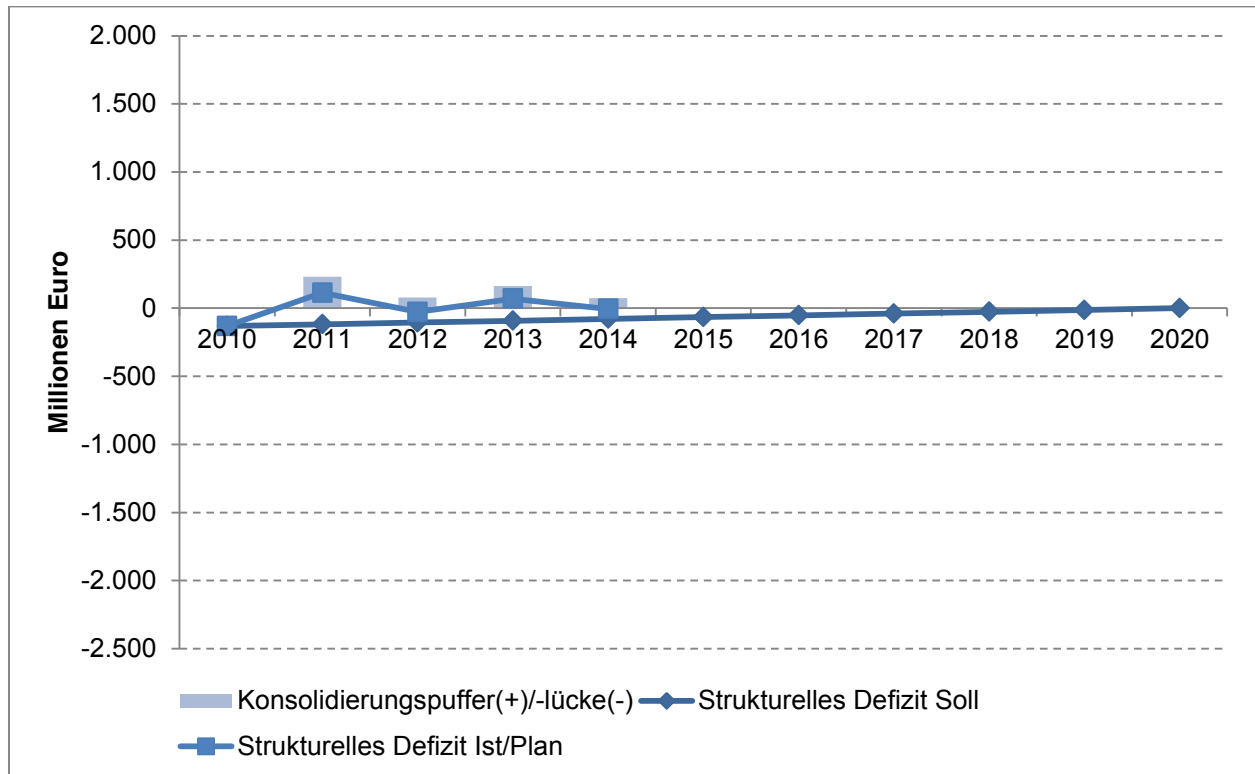
³ Haushaltsplanentwurf

⁴ Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2011 bis 2015, Stand Februar 2012

⁵ Berechnet aus den Ausgabengruppen 21, 221, 222 SFK3-2011

Abbildung 5-8: Konsolidierungserfolg in Mecklenburg-Vorpommern

Positive Werte stellen strukturelle Überschüsse dar.



Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund der Haushalts- und Finanzpläne

Mecklenburg-Vorpommern erzielt bereits in 2011 einen strukturellen Überschuss und erfüllt damit schon frühzeitig die Vorgabe der Schuldenbremse. Der strukturelle Finanzierungssaldo wird künftig zwar schwanken und voraussichtlich in einigen Jahren leicht in den negativen Bereich sinken, bleibt aber auch dann nahe der Zielvorgabe. In Mecklenburg-Vorpommern gelingt es zudem, eine vergleichsweise hohe Investitionsquote beizubehalten. Personal- und Zinsausgaben steigen nur leicht.

5.9 Niedersachsen

Tabelle 5-9: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Niedersachsen

Angaben in Millionen Euro

	2010 ¹	2011 ²	2012 ³	2013 ³	2014 ⁴
Steuereinnahmen	16.611	17.115	18.827	19.534	20.127
bereinigte Einnahmen	22.655	23.692	25.793	26.270	26.845
Investitionsausgaben ⁵	2.173	2.466	2.300	1.667	1.657
Quote (Anteil an den bereinigten Ausgaben)	8,9%	9,5%	8,5%	6,1%	6,0%
Personalausgaben	9.410	9.666	10.067	10.421	10.741
Zinsausgaben	1.869	1.933	1.940	2.049	2.140
bereinigte Ausgaben	24.528	26.035	27.167	27.205	27.508
Haushaltstechnische Verrechnungen	0,0	0,0			
Finanzierungssaldo SFK3/Finanzplanung	-1.873	-2.343	-1.374	-935	-663
Saldo finanzieller Transaktionen	46	-379	222	492	152
Konsolidierungshilfen	0	0	0	0	0
Periodengerechte Abgrenzung LFA	-95	701			
Konjunkturkomponente ^{ex-ante}	-523	-176	-388	-245	-178
Konjunkturkomponente ^{ex-post}	269	989			
Struktureller Finanzierungssaldo	-2.283	-2.251	-1.209	-1.182	-637

Quellen:

¹ Gemäß SFK3 2010, 1.-5. Quartal

² Gemäß SFK3 2011, 1.-5. Quartal

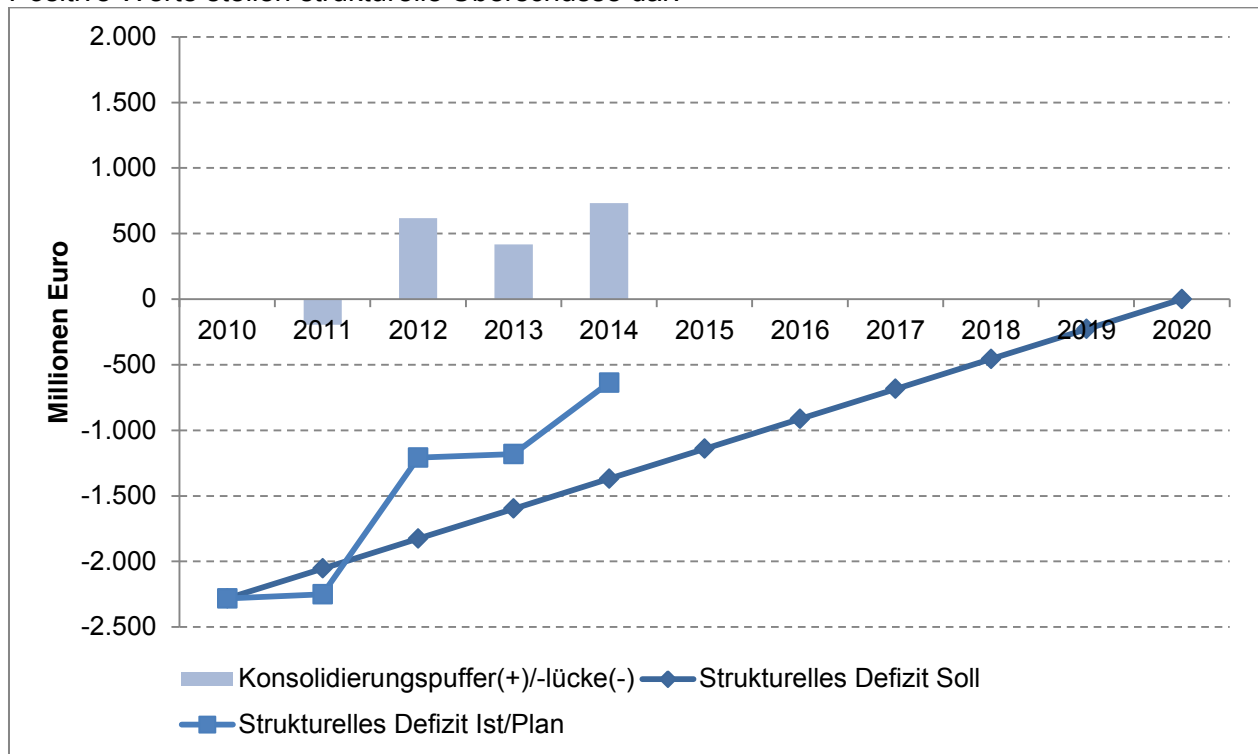
³ Haushaltsplan 2012/2013

⁴ Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2012 bis 2016, Stand Juli 2012

⁵ Berechnet aus den Ausgabengruppen 21, 221, 222 SFK3-2011

Abbildung 5-9: Konsolidierungserfolg in Niedersachsen

Positive Werte stellen strukturelle Überschüsse dar.



Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund der Haushalts- und Finanzpläne

Niedersachsen konnte das strukturelle Defizit in 2011 nicht senken, plant aber einen deutlichen Abbau in den Folgejahren. Dazu kürzt Niedersachsen bei den Investitionen, die im Zeitablauf spürbar sinken.

5.10 Nordrhein-Westfalen

Tabelle 5-10: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Nordrhein-Westfalen

Angaben in Millionen Euro

	2010 ¹	2011 ²	2012 ³	2013 ⁴	2014 ⁴
Steuereinnahmen	38.002	41.071	43.100	44.830	46.851
bereinigte Einnahmen	48.857	52.837	54.492	56.387	58.999
Investitionsausgaben ⁶	5.761	6.174	6.546	5.663	6.547
Quote (Anteil an den bereinigten Ausgaben)	10,7%	11,0%	11,2%	9,5%	10,6%
Personalausgaben	20.466	21.118	22.047	22.906	23.649
Zinsausgaben	4.487	4.333	4.200	4.045	4.005
bereinigte Ausgaben	53.892	56.005	58.642	59.682	62.027
Haushaltstechnische Verrechnungen	-0,2	0,1			
Finanzierungssaldo SFK3/Finanzplanung	-5.035	-3.168	-4.150	-3.295	-3.029
Saldo finanzieller Transaktionen	106	-57	-858	127	-759
Konsolidierungshilfen	0	0	0	0	0
Periodengerechte Abgrenzung LFA	-215	-394			
Konjunkturkomponente ^{ex-ante}	-1.172	-410	-882	-664	-481
Konjunkturkomponente ^{ex-post}	683	2.221			
Struktureller Finanzierungssaldo	-6.038	-5.726	-2.410	-2.758	-1.789

Quellen:

¹ Gemäß SFK3 2010, 1.-5. Quartal

² Gemäß SFK3 2011, 1.-5. Quartal

³ Haushaltsgesetz 2012 vom 28.11.2012

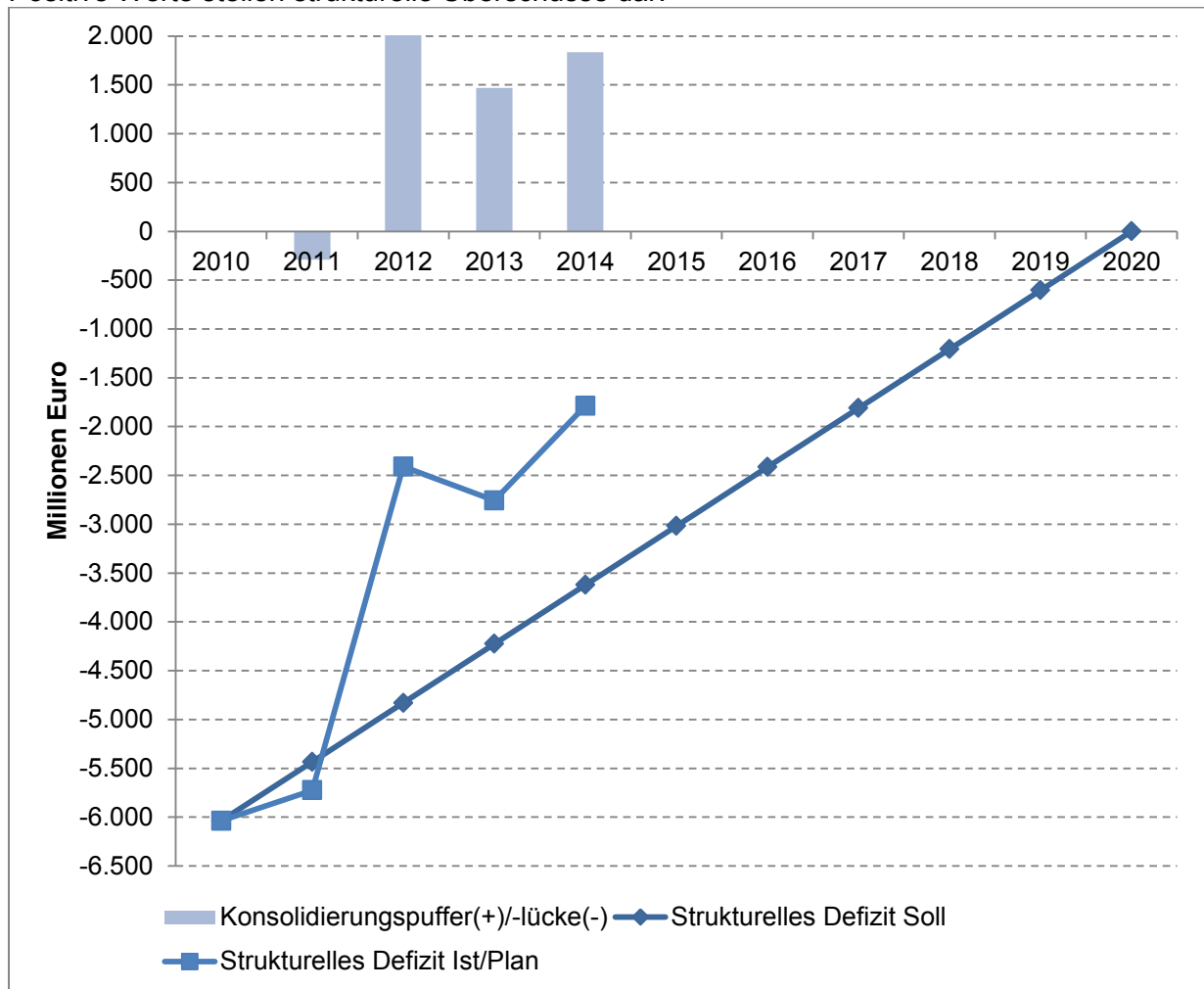
⁴ Haushaltsplanentwurf 2013

⁵ Finanzplanung 2012 – 2016

⁶ Berechnet aus den Ausgabengruppen 21, 221, 222 SFK3-2011

Abbildung 5-10: Konsolidierungserfolg in Nordrhein-Westfalen

Positive Werte stellen strukturelle Überschüsse dar.



Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund der Haushalts- und Finanzpläne

Nordrhein-Westfalen weist als das bevölkerungsreichste Bundesland das größte strukturelle Defizit auf. Dementsprechend deutlich müssen die Konsolidierungserfolge sein, die das Land jedes Jahr erzielt. Nachdem dies in 2011 nur in unzureichendem Maße gelungen ist, sieht das Haushaltsgesetz 2012 einen deutlichen Rückgang des strukturellen Defizits vor. Die Steuermehreinnahmen wurden 2011 nicht vollständig zur Konsolidierung eingesetzt, sondern dienten auch der Finanzierung zusätzlicher Ausgaben.

5.11 Rheinland-Pfalz

Tabelle 5-11: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Rheinland-Pfalz

Angaben in Millionen Euro

	2010 ¹	2011 ²	2012 ³	2013 ³	2014 ⁴
Steuereinnahmen	8.372	8.861	9.476	9.854	10.168
bereinigte Einnahmen	11.893	12.367	12.883	13.281	13.799
Investitionsausgaben ⁵	1.275	1.316	1.458	1.468	1.506
Quote (Anteil an den bereinigten Ausgaben)	9,2%	9,1%	10,4%	10,2%	10,2%
Personalausgaben	5.150	5.307	5.436	5.532	5.645
Zinsausgaben	1.064	1.015	1.118	1.172	1.294
bereinigte Ausgaben	13.817	14.417	14.079	14.357	14.818
Haushaltstechnische Verrechnungen	0,5	0,2			
Finanzierungssaldo SFK3/Finanzplanung	-1.924	-2.049	-1.196	-1.076	-1.019
Saldo finanzieller Transaktionen	5	-29	-398	-421	-455
Konsolidierungshilfen	0	0	0	0	0
Periodengerechte Abgrenzung LFA	-51	121			
Konjunkturkomponente ^{ex-ante}	-274	-93	-199	-120	-87
Konjunkturkomponente ^{ex-post}	130	445			
Struktureller Finanzierungssaldo	-2.110	-2.344	-599	-535	-477

Quellen:

¹ Gemäß SFK3 2010, 1.-5. Quartal

² Gemäß SFK3 2011, 1.-5. Quartal

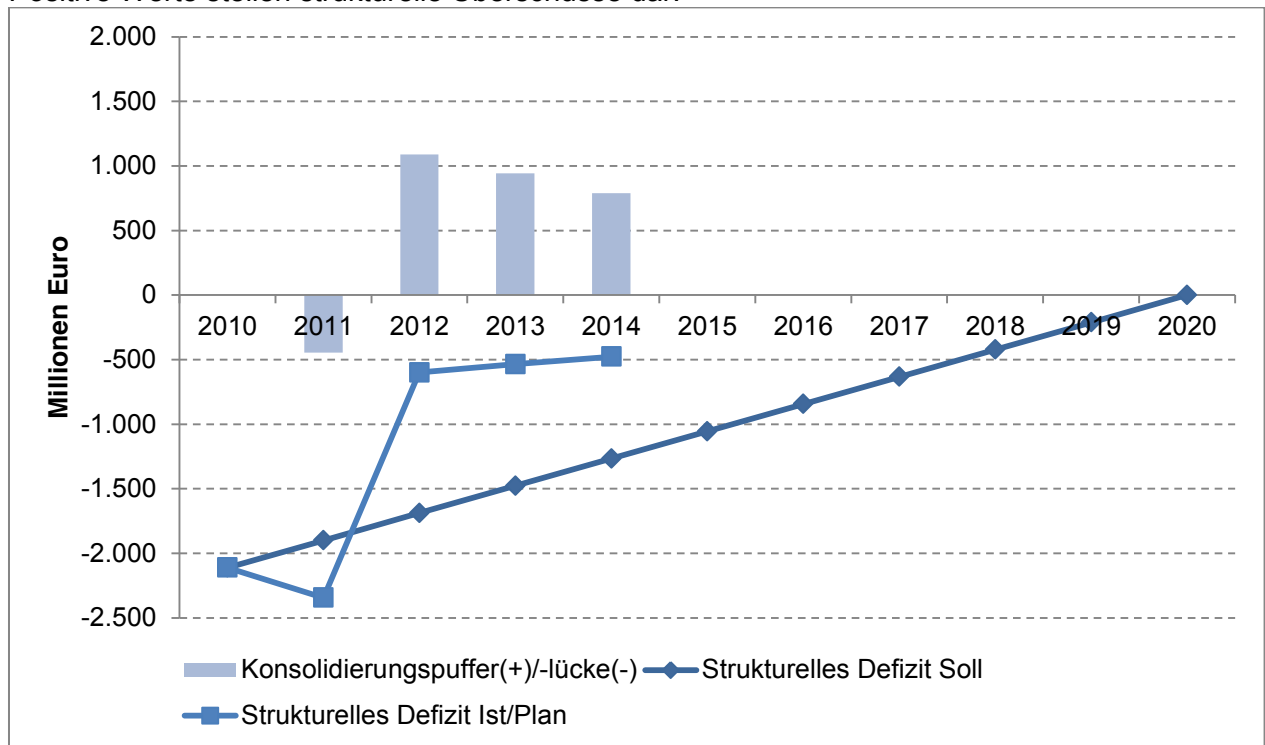
³ Haushalt 2012-2013

⁴ Finanzplan für die Jahre 2011 bis 2016

⁵ Berechnet aus den Ausgabengruppen 21, 221, 222 SFK3-2011

Abbildung 5-11: Konsolidierungserfolg in Rheinland-Pfalz

Positive Werte stellen strukturelle Überschüsse dar.



Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund der Haushalts- und Finanzpläne

In Rheinland-Pfalz ist das strukturelle Defizit in 2011 gegenüber dem Ausgangsjahr 2010 gestiegen. Ab 2012 sinkt das Defizit in Rheinland-Pfalz aber deutlich. Bei Umsetzung der Haushalts- und Finanzplanung kann es Rheinland-Pfalz also gelingen, bereits vor 2020 das Ziel der Schuldenbremse zu erreichen. Das macht sich bei den Investitionsausgaben nicht negativ bemerkbar. Personal- und Zinsausgaben steigen jedoch an.

5.12 Saarland

Tabelle 5-12: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Saarland

Angaben in Millionen Euro

	2010 ¹	2011 ²	2012 ³	2013 ⁴	2014 ⁵
Steuereinnahmen	2.075	2.292	2.365	2.471	2.580
bereinigte Einnahmen	2.945	3.323	3.250	3.348	3.443
Investitionsausgaben ⁶	536	347	376	377	377
Quote (Anteil an den bereinigten Ausgaben)	13,7%	9,3%	9,5%	9,7%	9,7%
Personalausgaben	1.333	1.351	1.369	1.421	1.444
Zinsausgaben	497	467	533	499	526
bereinigte Ausgaben	3.910	3.725	3.945	3.874	3.896
Haushaltstechnische Verrechnungen	0	2			
Finanzierungssaldo SFK3/Finanzplanung	-965	-400	-695	-525	-453
Finanzierungssaldo von Extrahaushalten mit eigener Kreditermächtigung	-365	-289			
Saldo finanzieller Transaktionen	-101	-63	-62	-60	-66
Konsolidierungshilfen	0	173	260	260	260
Periodengerechte Abgrenzung LFA	6	-31			
Konjunkturkomponente ^{ex-ante}	-71	-24	-51	-25	-18
Konjunkturkomponente ^{ex-post}	0	160			
Struktureller Finanzierungssaldo	-1.223	-990	-843	-701	-629

Quellen:

¹ Gemäß SFK3 2010, 1.-5. Quartal

² Gemäß SFK3 2011, 1.-5. Quartal

³ Nachtragshaushalt 2012 vom 12.12.2012

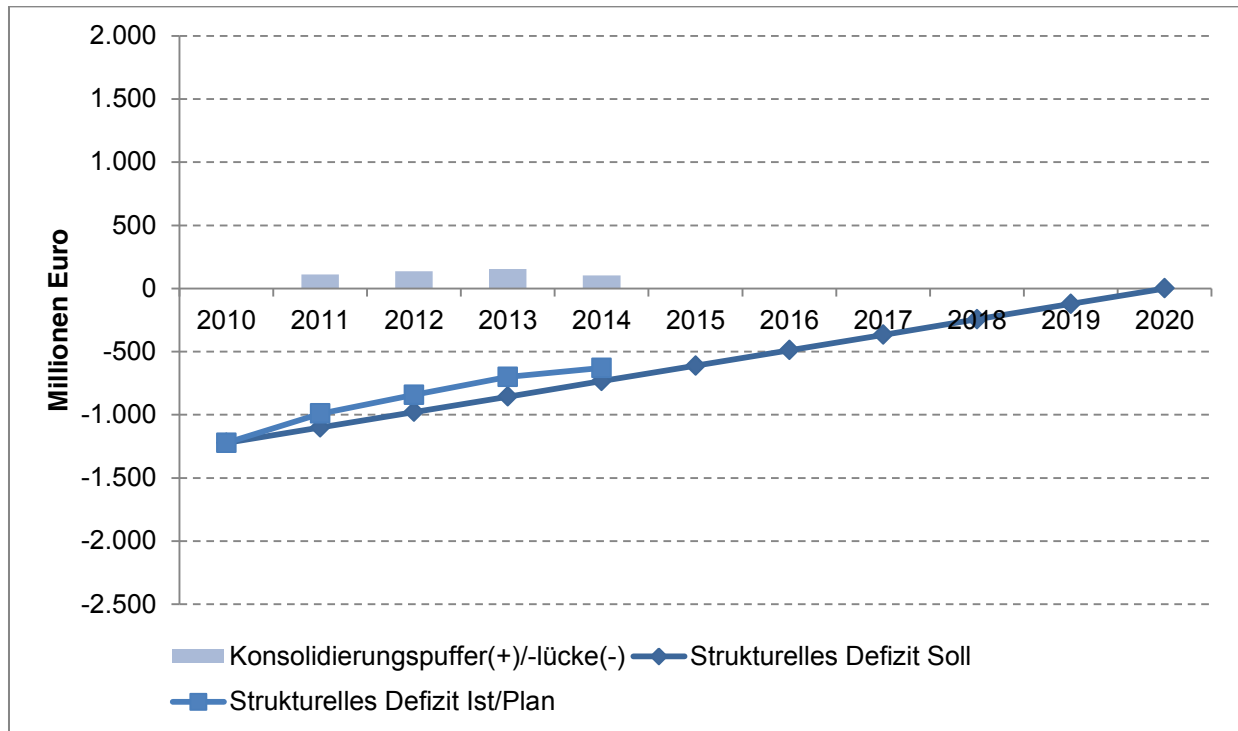
⁴ Haushaltsgesetz vom 12.12.2012

⁵ Finanzplanung 2012 bis 2016

⁶ Berechnet aus den Ausgabengruppen 21, 221, 222 SFK3-2011

Abbildung 5-12: Konsolidierungserfolg im Saarland

Positive Werte stellen strukturelle Überschüsse dar.



Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund der Haushalts- und Finanzpläne

Das Saarland baut sein strukturelles Defizit aus dem Ausgangsjahr 2010 schrittweise und kontinuierlich ab, so dass die Vorgaben der Verwaltungsvereinbarung mit dem Bundesfinanzministerium eingehalten werden können. Das Saarland kann dementsprechend weiter mit Konsolidierungshilfen planen. Die Investitionsquote ist im Saarland auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau angelangt, nachdem die Investitionsausgaben in 2011 gegenüber dem Vorjahr deutlich reduziert wurden. Immerhin sinken sie in den Folgejahren nicht noch weiter.

5.13 Sachsen

Tabelle 5-13: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Sachsen

Angaben in Millionen Euro

	2010 ¹	2011 ²	2012 ³	2013 ⁴	2014 ⁴
Steuereinnahmen	8.428	8.963	8.581	9.600	9.795
bereinigte Einnahmen	16.605	18.177	15.264	16.204	16.284
Investitionsausgaben ⁵	3.491	3.003	2.552	2.987	2.991
Quote (Anteil an den bereinigten Ausgaben)	20,8%	18,6%	16,7%	17,7%	17,0%
Personalausgaben	3.596	3.648	3.695	3.941	4.102
Zinsausgaben	368	337	542	313	317
bereinigte Ausgaben	16.788	16.144	15.348	16.339	17.003
Haushaltstechnische Verrechnungen	-0,1	1,9			
Finanzierungssaldo SFK3/Finanzplanung	-183	2.035	-84	-135	-719
Saldo finanzieller Transaktionen	222	1.132	-141	-68	-62
Konsolidierungshilfen	0	0	0	0	0
Periodengerechte Abgrenzung LFA	46	196			
Konjunkturkomponente ^{ex-ante}	-374	-103	-215	-81	-58
Konjunkturkomponente ^{ex-post}	102	565			
Struktureller Finanzierungssaldo	-461	533	272	14	-598

Quellen:

¹ Gemäß SFK3 2010, 1.-5. Quartal

² Gemäß SFK3 2011, 1.-5. Quartal

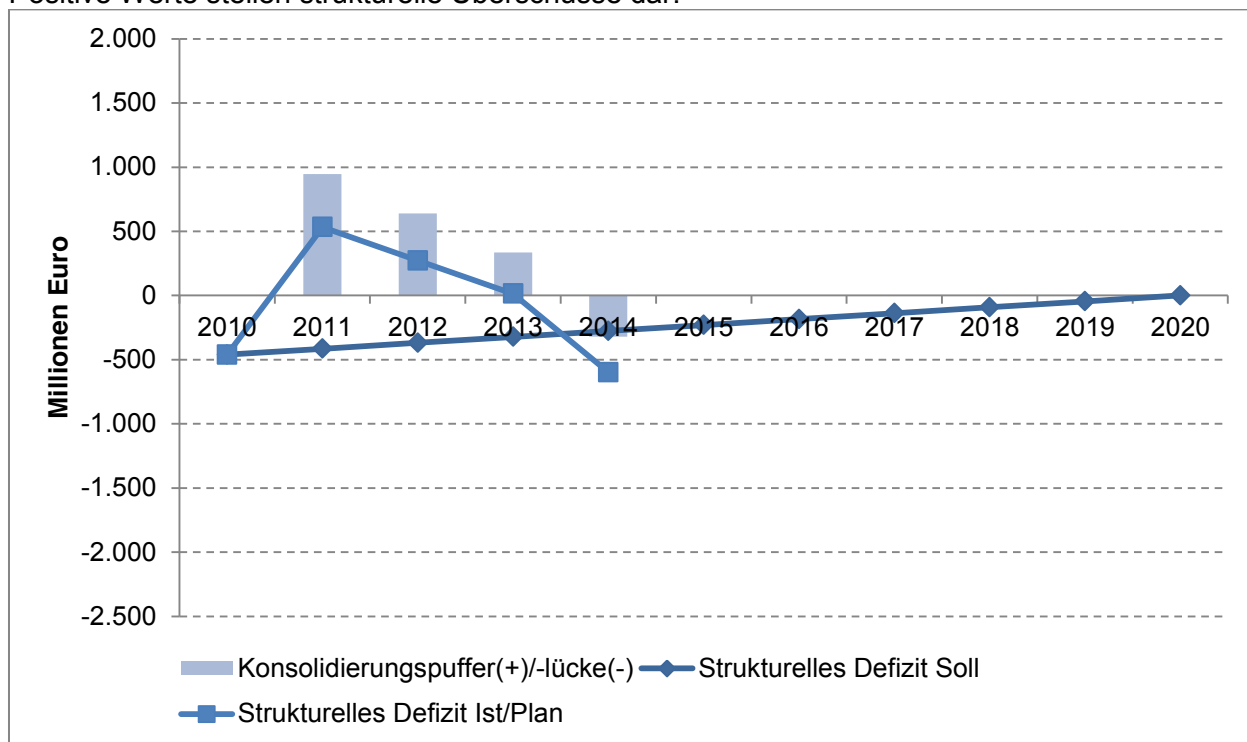
³ Haushaltsplan 2012

⁴ Haushaltsplanentwurf 2013/2014

⁵ Berechnet aus den Ausgabengruppen 21, 221, 222 SFK3-2011

Abbildung 5-13: Konsolidierungserfolg in Sachsen

Positive Werte stellen strukturelle Überschüsse dar.



Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund der Haushalts- und Finanzpläne

Sachsen liegt im Haushaltsjahr 2011 beim Konsolidierungserfolg ganz vorne. Es gelingt dem Land innerhalb eines Jahres, nicht nur das Ausgangsdefizit vollständig abzubauen, sondern darüber hinaus sogar nennenswerte strukturelle Überschüsse zu erzielen. Diese nehmen allerdings in den kommenden Jahren sukzessive ab und sollen sich 2014 sogar wieder zu einem Defizit verkehren. Diese Tendenz darf sich nach dem Ende des Untersuchungszeitraums nicht weiter fortsetzen, denn sonst ist die Einhaltung der Schuldenbremse nach dem Ende der Übergangsfrist, also ab 2020 gefährdet. Im Ländervergleich weist Sachsen eine vergleichsweise hohe Investitionsquote auf, die seit 2011 ihr Niveau hält.

5.14 Sachsen-Anhalt

Tabelle 5-14: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Sachsen-Anhalt

Angaben in Millionen Euro

	2010 ¹	2011 ²	2012 ³	2013 ³	2014 ⁴
Steuereinnahmen	4.723	5.170	5.375	5.505	5.773
bereinigte Einnahmen	9.331	9.879	9.940	10.018	9.773
Investitionsausgaben ⁵	1.551	1.420	1.409	1.362	1.038
Quote (Anteil an den bereinigten Ausgaben)	15,6%	14,1%	14,4%	13,0%	10,7%
Personalausgaben	2.395	2.424	2.456	2.490	2.565
Zinsausgaben	780	776	712	638	794
bereinigte Ausgaben	9.945	10.053	9.921	9.903	9.741
Haushaltstechnische Verrechnungen	-0,1	0,2	0	0	
Finanzierungssaldo SFK3/Finanzplanung	-615	-175	20	115	32
Saldo finanzieller Transaktionen	18	19	39	52	19
Konsolidierungshilfen	0	53	80	80	80
Periodengerechte Abgrenzung LFA	64	-36			
Konjunkturkomponente ^{ex-ante}	-218	-58	-122	-37	-27
Konjunkturkomponente ^{ex-post}	19	305			
Struktureller Finanzierungssaldo	-587	-587	23	20	-40

Quellen:

¹ Gemäß SFK3 2010, 1.-5. Quartal

² Gemäß SFK3 2011, 1.-5. Quartal

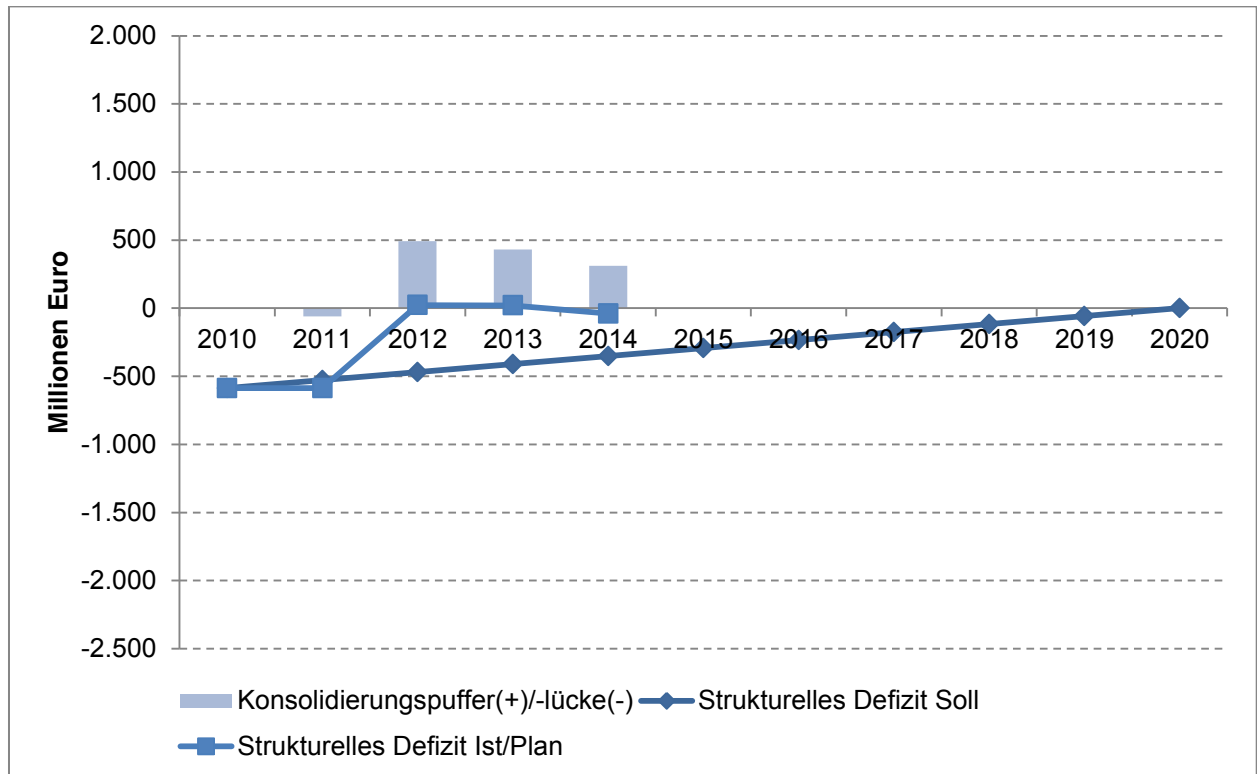
³ Nachtragshaushalt 2012/2013 Vorbericht

⁴ Finanzplan für die Jahre 2011 bis 2015

⁵ Berechnet aus den Ausgabengruppen 21, 221, 222 SFK3-2011

Abbildung 5-14: Konsolidierungserfolg in Sachsen-Anhalt

Positive Werte stellen strukturelle Überschüsse dar.



Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund der Haushalts- und Finanzpläne

Sachsen-Anhalt konnte sein strukturelles Defizit in 2011 nicht abbauen, plant aber für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 mit strukturellen Überschüssen. Auch 2014 soll der strukturelle Finanzierungssaldo nahe an der Null verbleiben. Hinzu kommt, dass die Personalausgaben nur leicht steigen und die Zinsausgaben sogar sinken, während die Investitionsausgaben – von 2010 bis 2014 um rund ein Drittel zurückgehen sollen.

5.15 Schleswig-Holstein

Tabelle 5-15: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Schleswig-Holstein

Angaben in Millionen Euro

	2010 ¹	2011 ²	2012 ³	2013 ⁴	2014 ⁵
Steuereinnahmen	5.834	6.268	6.318	7.030	7.010
bereinigte Einnahmen	7.976	8.561	8.367	9.207	8.220
Investitionsausgaben ⁶	983	964	796	762	
Quote (Anteil an den bereinigten Ausgaben)	10,6%	10,4%	8,6%	7,9%	
Personalausgaben	3.267	3.339	3.469	3.588	4.120
Zinsausgaben	969	942	1.073	988	1.030
bereinigte Ausgaben	9.306	9.251	9.286	9.658	8.540
Haushaltstechnische Verrechnungen	0	0			
Finanzierungssaldo SFK3/Finanzplanung	-1.330	-690	-919	-451	-320
Saldo finanzieller Transaktionen	-30	-30			
Konsolidierungshilfen	0	53	80	80	80
Periodengerechte Abgrenzung LFA	26	130			
Konjunkturkomponente ^{ex-ante}	-189	-65	-138	-109	-79
Konjunkturkomponente ^{ex-post}	2	402			
Struktureller Finanzierungssaldo	-1.277	-985	-860	-423	-321

Quellen:

¹ Gemäß SFK3 2010, 1.-5. Quartal

² Gemäß SFK3 2011, 1.-5. Quartal

³ Haushaltsgesetz 2012

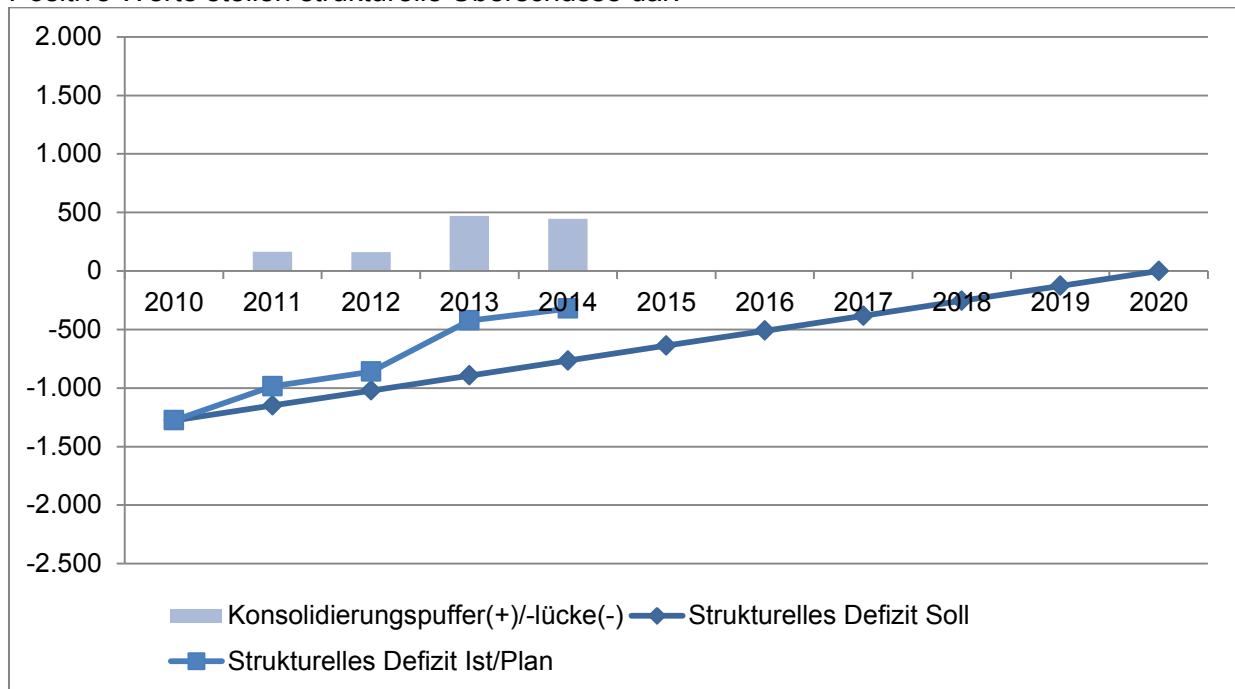
⁴ Haushaltsgesetz 2013

⁵ Finanzplanung 2011-2021, darin jedoch nicht alle notwendigen Angaben enthalten.

⁶ Berechnet aus den Ausgabengruppen 21, 221, 222 SFK3-2011

Abbildung 5-15: Konsolidierungserfolg in Schleswig-Holstein

Positive Werte stellen strukturelle Überschüsse dar.



Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund der Haushalts- und Finanzpläne

Schleswig-Holstein baut sein strukturelles Defizit so ab, dass die Voraussetzungen zum Erhalt der Konsolidierungshilfen erreicht werden können. Ab 2013 soll sogar ein gewisser Konsolidierungspuffer aufgebaut werden können. Die Personal- und Zinsausgaben steigen wie in den meisten Bundesländern; über die Investitionsausgaben enthält die Finanzplanung für 2014 keine Angaben.

5.16 Thüringen

Tabelle 5-16: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Thüringen

Angaben in Millionen Euro

	2010 ¹	2011 ²	2012 ³	2013 ⁴	2014 ⁴
Steuereinnahmen	4.551	4.834	5.023	5.213	5.368
bereinigte Einnahmen	8.699	9.061	9.029	9.057	8.956
Investitionsausgaben ⁵	1.482	1.391	1.256	1.233	1.112
Quote (Anteil an den bereinigten Ausgaben)	15,9%	14,9%	13,9%	13,6%	12,4%
Personalausgaben	2.327	2.344	2.359	2.432	2.516
Zinsausgaben	644	636	661	632	630
bereinigte Ausgaben	9.291	9.324	9.032	9.066	8.954
Haushaltstechnische Verrechnungen	0	0			
Finanzierungssaldo SFK3/Finanzplanung	-591	-263	-2	-9	2
Saldo finanzieller Transaktionen	-62	-62	7	-6	-1
Konsolidierungshilfen	0	0	0	0	0
Periodengerechte Abgrenzung LFA	8	79			
Konjunkturkomponente ^{ex-ante}	-205	-56	-116	-35	-25
Konjunkturkomponente ^{ex-post}	74	332			
Struktureller Finanzierungssaldo	-595	-454	107	32	29

Quellen:

¹ Gemäß SFK3 2010, 1.-5. Quartal

² Gemäß SFK3 2011, 1.-5. Quartal

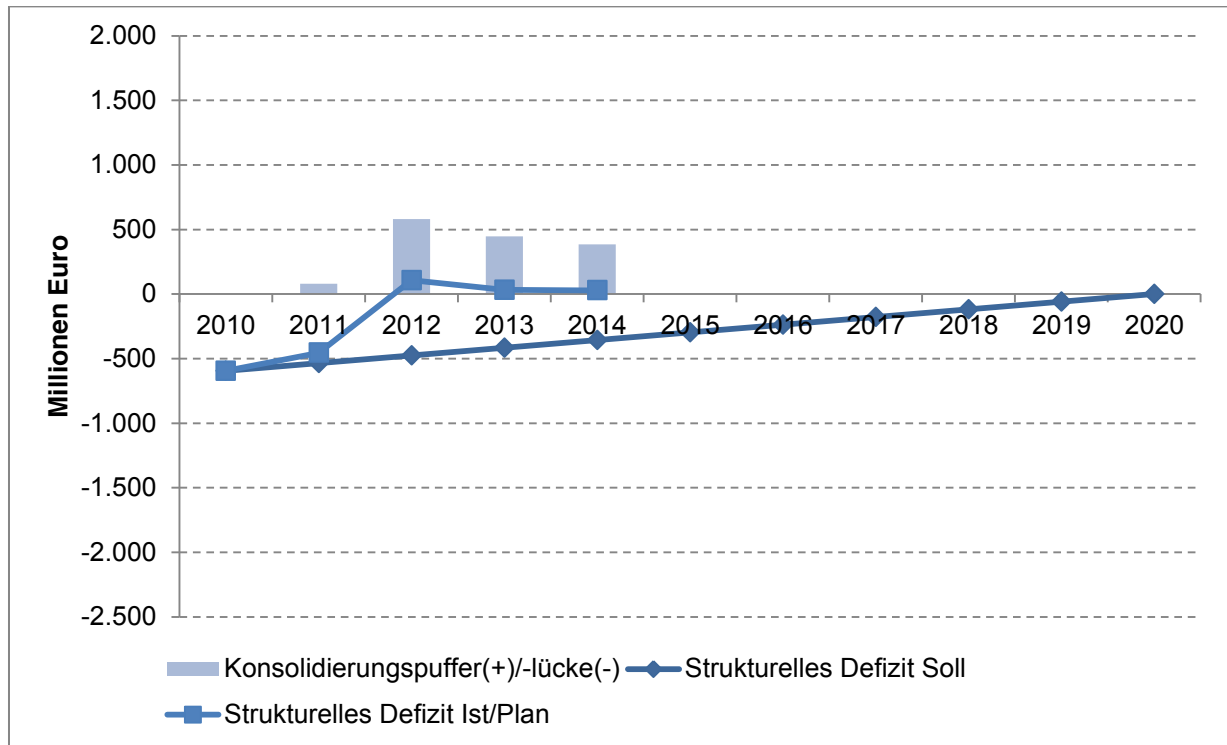
³ Landeshaushaltsplan 2012

⁴ Landeshaushaltsplan 2013/2014

⁵ Berechnet aus den Ausgabengruppen 21, 221, 222 SFK3-2011

Abbildung 5-16: Konsolidierungserfolg in Thüringen

Positive Werte stellen strukturelle Überschüsse dar.



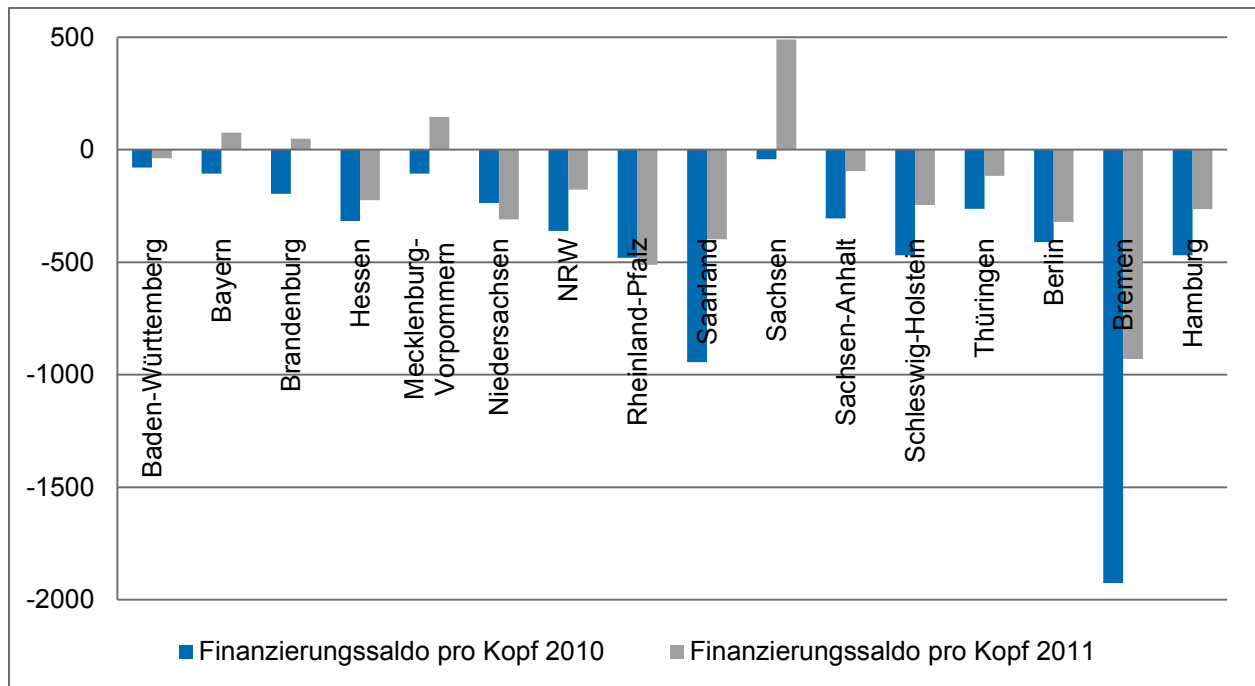
Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund der Haushalts- und Finanzpläne

Thüringen erzielt ab 2012 strukturelle Überschüsse. Dies gelingt durch eine konsequente Reduzierung der Ausgaben, was nicht nur die Investitions-, sondern auch die Zinsausgaben betrifft. Der Anstieg der Personalausgaben ist demgegenüber moderat. Thüringen kann bei Umsetzung seiner Finanzplanung und Beibehaltung dieser Sparpolitik bereits frühzeitig strukturelle Rücklagen aufbauen, um sowohl die Ziele der Schuldenbremse als auch das Auslaufen des Solidarpakts Ende des Jahrzehnts zu meistern.

6 Anhang: Übersichtsgrafiken

Abbildung 6-1: Finanzierungssaldo pro Kopf

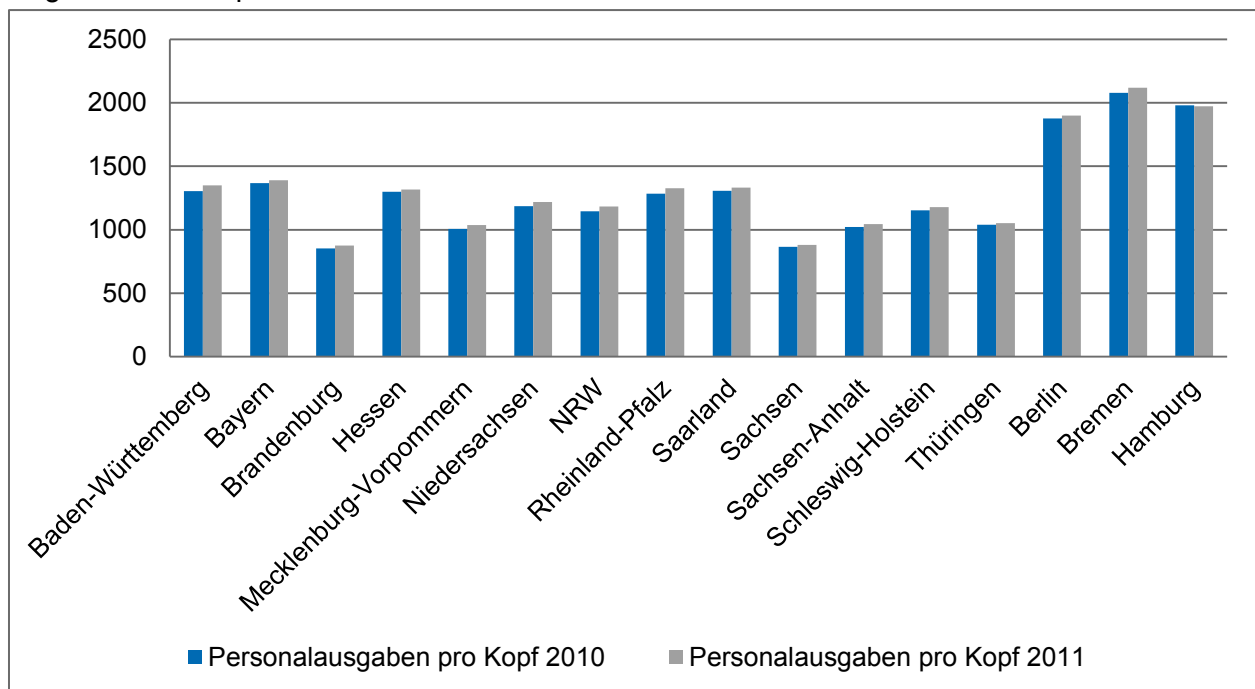
Angaben in Euro pro Einwohner



Quelle: Eigene Darstellung. Daten: Statistisches Bundesamt

Abbildung 6-2: Personalausgaben pro Kopf

Angaben in Euro pro Einwohner



Quelle: Eigene Darstellung. Daten: Statistisches Bundesamt

Tabellenverzeichnis

Tabelle 3-1: Verwendung von Steuermehreinnahmen in den Ländern	11
Tabelle 4-1: Vergleich der Konsolidierungsaufgaben und -dynamik.....	13
Tabelle 5-1: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Baden-Württemberg.....	17
Tabelle 5-2: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Bayern	19
Tabelle 5-3: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Berlin	21
Tabelle 5-4: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Brandenburg	23
Tabelle 5-5: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Bremen	25
Tabelle 5-6: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Hamburg	27
Tabelle 5-7: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Hessen	29
Tabelle 5-8: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Mecklenburg-Vorpommern.....	31
Tabelle 5-9: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Niedersachsen	33
Tabelle 5-10: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Nordrhein-Westfalen	35
Tabelle 5-11: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Rheinland-Pfalz.....	37
Tabelle 5-12: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Saarland	39
Tabelle 5-13: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Sachsen.....	41
Tabelle 5-14: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Sachsen-Anhalt.....	43
Tabelle 5-15: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Schleswig-Holstein.....	45
Tabelle 5-16: Haushalts- und Finanzplanungskennziffern Thüringen.....	47

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 5-1: Konsolidierungserfolg in Baden-Württemberg.....	18
Abbildung 5-2: Konsolidierungserfolg in Bayern	20
Abbildung 5-3: Konsolidierungserfolg in Berlin	22
Abbildung 5-4: Konsolidierungserfolg in Brandenburg	24
Abbildung 5-5: Konsolidierungserfolg in Bremen	26
Abbildung 5-6: Konsolidierungserfolg in Hamburg	28
Abbildung 5-7: Konsolidierungserfolg in Hessen.....	30
Abbildung 5-8: Konsolidierungserfolg in Mecklenburg-Vorpommern.....	32
Abbildung 5-9: Konsolidierungserfolg in Niedersachsen	34
Abbildung 5-10: Konsolidierungserfolg in Nordrhein-Westfalen	36
Abbildung 5-11: Konsolidierungserfolg in Rheinland-Pfalz.....	38
Abbildung 5-12: Konsolidierungserfolg im Saarland	40
Abbildung 5-13: Konsolidierungserfolg in Sachsen.....	42
Abbildung 5-14: Konsolidierungserfolg in Sachsen-Anhalt.....	44
Abbildung 5-15: Konsolidierungserfolg in Schleswig-Holstein.....	46
Abbildung 5-16: Konsolidierungserfolg in Thüringen.....	48
Abbildung 6-1: Finanzierungssaldo pro Kopf	49
Abbildung 6-2: Personalausgaben pro Kopf	49